

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. Oktober 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Vergütungsinstitute usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 121

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Kritik:** Die Hamburger Friedensengel, III.  
**Volkswirtschaft:** Deutsche Handelsverträge, Zoll- und Wirtschaftspolitik.  
**Sterbespenden:** Berlin. — Danzig. — Frankfurt a. M. — Grünstadt. — Hannover (M.). — Landau (Pfalz). — Leipzig (S.). — Lübeck. — Ludwigslagen a. Rh. — Münster i. W. (M.).  
**Rundschau:** Gesammelte Entscheidungen der Tarifinstanzen. — Internationaler Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. — Die Veröffentlichung von Gerichtsurteilen im Ingeratenteil. — Unterdrückung der Arbeiterpresse in Russland. — Soziale Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände unter freigewerkschaftlicher Führung. — Strafkassenwahl in Leipzig. — Zwangsammungen als „Mittelstandserweiterer“. — Der Staat als Arbeitgeber. — Grubenkatastrophe in Carlsfeld.  
**Die Tätigkeit der paritätischen Tarifarbeitsnachweise im III. Quartale 1913.**

### Die Hamburger Friedensengel

#### III.

#### Die „Gefährdung“ der genossenschaftlichen Eigenproduktion durch die Gewerkschaften.

In Nr. 10 bemerkten wir, es sei sicherlich besser gewesen, über den Konflikt mit der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine eine öffentliche Aussprache zu führen, wie — auf Verlangen aus der Mitte der Delegierten! — auf unserer Generalversammlung in Danzig, anstatt hinter verschlossenen Türen Scherbenstücke abzuhalten, was — auf der Genossenschaftstagung in Dresden der Fall war. Wie uns die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ vom 20. September mit der stenographischen Wiedergabe der drei Hauptreden zeigt, hatten wir wohl Ursache, in der angezogenen Nummer die Vermutung auszusprechen, daß in bezug auf die Geschäftsleitung alles licht und weiß, in Beziehung auf die Buchdrucker aber schwarz in schwarz gemalt sein würde. Da wir in der vorletzten Nummer den zum Teil sich in ähnlichen Gedankengängen bewegenden Ausführungen des Professors Staudinger über das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis größere Ausführungen gewidmet haben, so kann es sein Bewenden haben, wenn hier nur auf das Wesentlichste in der vergrößerten Auffassung von Dr. Müller und Kaufmann Streiflichter geworfen werden. Man kann den leitenden Herren in Hamburg aber Dank wissen, daß sie sich noch zur Veröffentlichung dieser Reden entschlossen haben, denn dadurch gewinnen nicht nur die Buchdrucker einen besseren Einblick in die Anschauungen jener maßgebenden Personen über ihre Arbeiterfrage.

Dr. Müller als Hauptredner unterstellte, es bestände eine Neigung, den Konsumgenossenschaften gegenüber ein „gewerkschaftliches Ausnahmerecht“ zu stipulieren. Er meinte, das sei kurzfristig: weil die Neigung zum Ausbau der Eigenproduktionsbetriebe bei den Konsumvereinen in bedenklichem Maß im Schwinden begriffen ist, und zwar wegen der Schwierigkeiten, die uns die Arbeiterverhältnisse machen. Wenn das so weitergeht, dann werden die Konsumgenossenschaften sich wohl gegen Eigenproduktionsbetriebe finden ganz schön, aber wenn wir bloß die Arbeit und den Ärger haben sollen und die Mitglieder sollen keinen Vorteil davon haben, weil die in den Produktionsbetrieben beschäftigten Arbeiter das ganze Refusat dieser Arbeitsleistung für sich in Anspruch nehmen, dann müssen wir — so leid es uns tut — darauf Verzicht leisten. Die Gewerkschaften sollten einmal die Sache von dieser Seite aus beurteilen. Diese allgemein an die Adresse der Gewerkschaften gerichtete Philippika fand lebhafteste Zustimmung bei der Generalversammlung der Verlagsgesellschaft! Daraus könnte gefolgert werden, daß die Arbeiter in den genossenschaftlichen Eigenbetrieben durch maßlose Forderungen die Dinge auf die Spitze treiben

und daß die Gewerkschaftsleitungen dem ruhig zusehen würden, so daß auf sie alle zuträfe, was die „K. R.“ am 6. September unserer Verbandsleitung und den Tariforganen voll ausgefuchter Höflichkeit an den Kopf warf:

Der Zentralvorstand des Deutschen Buchdruckerverbandes ist entweder so schwach oder hat nicht den Willen, dem Antrage zu steuern. Auch die Tarif- und Organisationsinstanzen sind offenbar nicht in der Lage, Ruhe zu schaffen.

Wie unser Verbandsvorstand diese Beleidigung entschieden zurückweist, so werden auch die andern in Betracht kommenden Gewerkschaftsleitungen sich dagegen verwahren. Da der „Korr.“ in der Nummer vom 2. August bereits gezeigt hat, daß das, was Dr. Müller in seiner Rede glaubte unsern Kollegen in der Verlagsgesellschaft untergeschoben zu können, nämlich sich „zu den Herren des Betriebs zu machen“, keinesfalls Billigung bei den Verbandsinstanzen finden würde, wenn dem so wäre, so ist der erwähnte Vorwurf gegen unsere Organisationsleitung und die Tariforgane vom 6. September nur noch ungerechtfertigter. In der vorigen Nummer haben wir ja die betreffende Auslassung dem Professor Staudinger zur Kenntnis gebracht, so daß ein Hinweis darauf hier genügt.

Dr. Müller zieht entschieden einen Reichsstab den sogenannten Genossenschaftstarifen vor, d. h. wo kein allgemeiner Tarif in einem Gewerbe besteht, was bekanntlich zumeist der Fall ist, werden zwischen den in Betracht kommenden Gewerkschaften und einer Genossenschaft Betriebsstarife abgeschlossen. Man kann daraus also schließen, daß bei einer allgemeinen tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse die Genossenschaft besser fährt. Nicht ganz richtig ist aber, wenn Dr. Müller sagt, was die Reichstarife vorschreiben, sei das mindest zu Gewährnde. Die Buchdrucker haben allerdings einen Minimaltarif, die Maximaltarife überwiegen indes unter den Reichstarifen oder den diesen gleich zu achtenden tariflichen Vereinbarungen. Erkennt jedoch Dr. Müller zutreffenderweise unsern Tarif als einen Minimaltarif an (über den nach seiner Meinung nicht wesentlich hinausgegangen werden darf, um mit den Privatkonzernen konkurrieren zu können), so ist es ein sehr starkes Stück, in der gleichen Nummer (20. September) in einem von ihm gezeichneten aggressiven Artikel zu schreiben:

Den Parleldruckereien gegenüber haben die Buchdrucker einfach die Forderung durchgedrückt, daß der sonst übliche Lohn- und Arbeitsstarif keine Gültigkeit für sie hat. Alle Parleldruckereien haben sich des lieben Friedens willen Sonderabmachungen aufnötigen lassen, die über den allgemeinen Tarif hinausgehen. Wie das auf die Konkurrenzfähigkeit der Parleldruckereien wirkt, ist eine Frage, die hier nicht zu erörtern ist.

So viel Worte, so viel falsche Behauptungen! Die Parleldruckereien werden sich bei Herrn Müller wohl dafür bedanken, in sklavenhafte Abhängigkeit von den Buchdruckern sich zu begeben. Sie legen allerdings den Begriff des Minimaltarifs richtiger aus und bemühen sich, zu beweisen, wie zu den von Müller und Kaufmann so herausgetriebenen vorbildlichen Arbeitsbedingungen zu gelangen ist. Was bei den Herren in Hamburg glühende Theorie ist, wird hier in annehmbarer Weise in die Praxis umgesetzt. Die Parleldruckereien gewähren daher ohne weiteres über Minimum und suchen sonst nach Möglichkeit ihre Arbeitsverhältnisse über das allgemeine Niveau zu erheben. So hat eine Geschäftsführerkonferenz vor Sn-

kräftreter der neuen tariflichen Bestimmungen beschlossen, die Arbeitszeit für die Maschinenleber nicht zu verlängern und auch das Berechnen nicht einzuführen. Die Verlagsgesellschaft hat aber das Gegenenteil getan! Da unsere Kollegen in den Parleldruckereien kein Mitbestimmungsrecht bei derartigen Entschliessungen haben, weil es sich um freiwillige Verbesserungen handelt, so fallen die Behauptungen von Dr. Müller über das Aufnötigenlassen von Sonderabmachungen und das Durchdrücken derartiger Forderungen in sich zusammen. Daß der „sonst übliche“ Tarif für die Parleldruckereien keine Gültigkeit haben soll und daß die Buchdrucker eine solche Entfremdung derselben erstrebt und durchgedrückt hätten, ist nachweislich eine derbe Unwahrheit, die nur große Ahimosität gegen die Buchdrucker eingeben kann. Mit dem „gleichen Rechte“ könnte dann ja auch gefagt werden, für 61,5 Proz. aller Seher, Drucker und Schweizerden — die übrigen Berufskategorien nicht eingerechnet — hat der „sonst übliche Lohn- und Arbeitsstarif“ keine Gültigkeit, denn so viel jener Kollegengruppen bekamen nach der Tarifamtsstatistik von 1910, der zuletzt vorliegenden, über Minimum bezahl.

Was über den „allgemeinen Tarif“ hinaus in den deutschen Druckereien an Arbeitsbedingungen besteht, bedeutet auch weder für Parleldruckereien noch für Privatbetriebe „Sonderabmachungen“, wie Dr. Müller sagt, sondern es ist dies ein ganz natürlicher Zustand, denn überminimale Bezahlung ergibt sich aus einem Minimaltarife von selbst, der berufliche Tüchtigkeit oder Anciennitätsverhältnisse eben berücksichtigt wissen will. Herr Kaufmann aber, der in Dresden ausdrücklich erklärte, daß die Verlagsgesellschaft „wirklich tüchtige Arbeitskräfte“ hat, wie auch Dr. Müller liebäugeln mit der Minimalbezahlung als dem normaleren Zustande. Hat doch Kaufmann dem gewissen Arbeiterausschusse schon einmal bedeutet, man würde sich, wenn die Forderungen so weitergehen, eventuell „in Zukunft streng auf die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückziehen“. Wie das mit der von ihnen immer selbstgefällig hervorgehobenen Vorbildlichkeit ihrer Arbeitsverhältnisse zusammenzureimen wäre, in einem Arbeiterbetriebe in besondern, das überlassen wir ihrer Logik, die unfrige reicht dazu nicht aus. Über den allgemeinen Tarif hinaus ist also ein unhaltbarer Begriff, da der Buchdruckerstarif nur eine Grenze nach unten kennt. Wir wollen das den Herren noch an einem drastischen Beispiele zeigen, nämlich mit dem Hinweise, daß drei Fünftel aller Gehilfen sich in dem Genusse von Ferien befinden.

Der von den Leitern der Verlagsgesellschaft den Gehilfen gegenüber eingenommene Standpunkt müßte bei einer Anwendung auf ihre Person zu dem Schlusse führen, daß der „sonst übliche Lohn- und Arbeitsstarif“ für ihre Stellungen erst recht keine Gültigkeit hat, denn ihre Bezahlung usw. überschreitet ja um ein ganz Erkleckliches das, was für solche Positionen im allgemeinen gebräuchlich ist. Wir haben aber noch nicht gehört, daß man ihnen in einer Variation des Memorandums von Kaufmann an das Buchdruckpersonal erklärt hätte: Wenn die Forderungen der in der Verlagsgesellschaft beschäftigten Direktoren in der bisherigen Weise weitergehen, sehen wir uns gezwungen, zur Erwägung zu stellen, ob wir uns nicht in Zukunft streng auf die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zurück-

ziehen wollen! Die Herren Kaufmann, Müller und Steinhorst hätten sicherlich darauf und auf den eventuellen weiteren Vorhalt der Gesellschafter und Aufsichtsratsmitglieder, daß:

die Konkurrenzverhältnisse mit den konkurrierenden Privatunternehmern als Richtschnur genommen werden müssen, und daß wir nicht gehalten sind, wesentlich über das hinauszuweisen, was ein Privatbetrieb leistet,

geantwortet: Was, bei 182000 Mk. Reingewinn in einem Jahre los mit unsern Gehältern und Forderungen die Grundlage preisgegeben werden, auf der die Konkurrenzfähigkeit der Verlagsgesellschaft und ihr geschäftliches Gedeihen beruht (wie Dr. Müller von den — nicht besprechenden — materiellen Forderungen der Buchdrucker behauptet); soll die Neigung zum Ausbau der genossenschaftlichen Eigenproduktion im Schwinden begriffen sein; soll die Verlagsgesellschaft unter ein Ausnahmerecht gestellt werden? Und mit kräftigem Lachen würden sie über solche Argumente der ihnen vorgelesenen Organe zur Tagesordnung übergeben.

Der dritte Redner in Dresden war ein Kollege von uns (Fuss), der den Herren Müller und Kaufmann kurz, aber treffend diverse Wahrheiten sagte. Zur Belohnung dafür wurde nach seinen Ausführungen gezischt, während die genannten beiden andern Redner mit stürmischem, minutenlangem Beifall oder mit Händeklatschen ausgezeichnet wurden. Man erhebt daran, daß die Generalversammlung der Verlagsgesellschaft alles andre denn unbefangenen über den Konflikt urteilte. Was Kollege Fuss, dem für sein wackeres Eintreten hiermit gedankt sei, ausführte, war nicht nur vom Buchdruckerstandpunkte diktiert, tadelte er doch ebenfalls die von unsern Hamburger Kollegen gemachten Fehler, er hat als Aufsichtsratsmitglied in Essen auch tieferen Einblick erhalten. Die Vorbildlichkeit der Arbeitsverhältnisse in der Verlagsgesellschaft maß Fuss an den sonstigen Arbeitsverhältnissen in unserm Beruf und führte sie so auf das richtige Maß zurück. Von einer zwanzigprozentigen Besserstellung der Kollegen in der Verlagsgesellschaft könne keine Rede sein, sondern eine solche von 12 1/2 Proz. wäre zureichend. Es sei hier zu bemerken, daß sogar die Herren von den Herren Müller usw. eine materielle Ausmünzung erfahren! Die von den Leitern der Verlagsgesellschaft immer herangezogenen Konkurrenzverhältnisse fanden von Fuss eine wesentlich andre und sicher auch richtigere Beleuchtung. Wir wissen ja selbst von einem Falle, wo der Verlagsgesellschaft ein Druckauftrag überwiesen wurde, der so billige Berechnung fand, daß der betreffende Geschäftsführer bei aller Berücksichtigung der besseren Einrichtung für solche Arbeiten ganz erstaunt über den berechneten Preis war. Was Kollege Fuss im allgemeinen zu der Hamburger Friedensengellei sagte, deckt sich mit unsern wiederholten Darlegungen.

Wie weiß man sich in Dresden verfiel, hat Dr. Müller in seiner Rede gezeigt, indem er erwähnte, daß während des Konfliktes eines Abends er, Steinhorst und der Faktor in der Druckerei gearbeitet hätten und: „... eingeschmiffene Fensterscheiben sind das Resultat dieser sogenannten Streikbrecherarbeit“. Wir können uns für solche Fensterparaden nicht erwärmen, aber wenn ein Abergelächter mit einem gegen ein Fenster geworfenen Kieselstein anzeigen wollte, daß „man“ beobachtet werde, und diese eine Fensterscheibe, die nachweislich schon vor dem Konflikt entzwei und für die tatsächlich auch bereits Ersatz bestellt gewesen war, fielte dabei vollends das Geschick von Glück und Glas, so sind das doch Überfreibungen, die von einem Manne wie Müller sich alles andre denn schön machen. Man hat in Dresden überhaupt so schwarz in schwarz gemalt, daß der Arbeiterauschub a. D. sich gezwungen sah, folgende Berichtigung der „F. R.“ zuzufügen:

1. Es ist unwahr, daß der Arbeiterauschub sein Amt niedergelegt hat. Wahr dagegen ist, daß die Mitglieder des Arbeiterauschusses in ihrer Gesamtheit eine Wiederwahl ablehnten, nachdem ihre Amtsdauer ordnungsgemäß abgelaufen war.

2. Es ist unwahr, daß von Mitgliedern des Arbeiterauschusses bei Überwindung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gesagt wurde: „Wir haben keine Zeit, wir haben etwas andres zu tun“. Wahr dagegen ist, daß der Obmann des Arbeiterauschusses dem Betriebsleiter erklärt hat: Der Arbeiterauschub ist nicht insstande, eine zwölf Seiten lange Arbeitsordnung in einem Abend zu

beraten, und ohne gründliche Prüfung könne er seine Unterschrift nicht geben. Zudem hatte der Betriebsleiter erklärt, daß an den Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts mehr zu ändern sei, es könne sich nur um unwesentliche Dinge handeln.

3. Es ist unwahr, daß vom Personal an den Arbeiterauschub fort und fort über den Tarif hinausgehende Forderungen gestellt wurden, und daß der Arbeiterauschub derartige Forderungen an die Geschäftsleitung gerichtet hat. Wahr dagegen ist, daß der Arbeiterauschub überhaupt keine Forderungen an die Geschäftsleitung gestellt hat.

4. Es ist unwahr, daß die Mitglieder des Arbeiterauschusses eine Wiederwahl ablehnten, weil sie vom Personale schlecht behandelt worden sind. Wahr ist, daß sie eine Wiederwahl ablehnten, weil sie die vollständige Bedeutungslosigkeit des Arbeiterauschusses einsehen und weil ihnen von der Geschäftsleitung nur eine rein dekorative Stellung ohne jeden Einfluß auf das Arbeitsverhältnis eingeräumt wurde.

5. Es ist zum Schluß nicht wahr, daß der Arbeiterauschub bei der Geschäftsleitung darüber lebhaft Klage führte, daß er vom Personal unwürdig behandelt worden ist.

Diese Berichtigung befindet sich schon seit Wochen in den Händen von Dr. Müller, bis zum 11. Oktober war sie aber noch nicht aufgenommen. Ja, es heißt, sie werde auch nicht gebracht werden, obwohl bereits von einem Juristen und von anderer Seite dem eben genannten Redakteur der „F. R.“ erklärt wurde, daß die Berichtigung dem § 11 des Preßgesetzes durchaus entspricht. Man will es wohl gar noch auf einen Prozeß ankommen lassen — höher kann es mit dem „Grundsatz der absoluten Gerechtigkeit dem letzten Arbeiter gegenüber“ gewiß nicht gehen!

Bei der Gelegenheit sei noch daran erinnert, daß der Hamburger Gewerkschaftskongreß (1908) an dem einer getroffenen Vereinbarung zwischen der Generalkommission und dem Vorstande des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über die Anerkennung der Tarifverträge von einem Genossenschaftstag einseitig hinzugefügten Passus:

Dem Abschlusse von Verträgen steht nichts im Wege, wenn die bezüglichen örtlichen Tarifordnungen an die Genossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was an den betreffenden Orten in der Gesamtbranche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann,

Artikel 10. Es wurden dazu recht bemerkenswerte Anmerkungen gemacht. „Müller erklärte darin: „eine Mauer, die aufgerichtet wird, und die die rückständigen Konsumvereine benutzen werden, um Verbesserungen hintanzuhalten“. Schlechtlich pflichtete man der Auffassung Legiens bei, zu erklären:

daß die von dem Genossenschaftstag angefügten Sätze für uns eine bindende Verpflichtung nicht enthalten. Wir behalten uns vor, zu prüfen, ob die Genossenschaften mit Recht oder Unrecht Forderungen der Gewerkschaften im einzelnen Fall abgelehnt haben, und behalten uns das Recht vor, den Genossenschaften Vorwürfe zu machen, wenn sie Forderungen der Gewerkschaften unberechtigterweise ablehnen.

Man sieht daraus, daß der Gewerkschaftskongreß nicht gewillt war, den Genossenschaftsführern carte blanche zu erteilen über die Definition, was wesentlich über das gewerkschaftlich allgemein Erreichbare hinausgeht. Den Buchdruckern bzw. dem eignen Personal und dem Hamburger Gauvorstande machen die Leiter der Verlagsgesellschaft zum Vorwurfe, daß sie derartige weitgehende Forderungen gestellt haben, und gegen die Gewerkschaften im allgemeinen hat Dr. Müller in seiner Dresdner Rede die Anschuldigung erhoben, daß es „im höchsten Maße kurzfristig“ von ihnen sei, wenn sie dulden, daß „die in den Produktivbetrieben beschäftigten Arbeiter das ganze Resultat dieser Arbeitsleistung für sich in Anspruch nehmen“, so daß die Genossenschaften „wegen der Schwierigkeiten, die uns die Arbeitsverhältnisse machen“, wie Dr. Müller besonnte, lieber auf den Ausbau der Eigenproduktion verzichten würden. Wir haben schon gesagt, man kann den Hamburger Herren nur dankbar sein für die nachträgliche Veröffentlichung der Reden. Nachdem man nun die schwere Anklage von Dresden gegen die Gewerkschaften vernommen, wird es für die Generalkommission unumgänglich sein, von der Genossenschaftsleitung Beweise dafür zu fordern. Der von dem Hamburger Gewerkschaftskongreß zur Frage der Tarifabschlüsse mit Genossenschaftsbetrieben eingennommene Standpunkt gibt der Generalkommission eine positive Handhabe und Legiens in Hamburg vertretene Ansicht, in den Genossenschaften sei eine Einrichtung zu erblicken, die der Arbeiterklasse dient, bietet vom

ideellen Standpunkt aus Anlaß dazu; ferner die Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen über die Genossenschaftsbewegung. Da das „Volksblatt für Anhalt“ am 26. September es für angezeigt hielt, die Hauptanklage Dr. Müllers als „beachtenswerte Worte“ zu dem Thema „Gewerkschaften und Genossenschaften“ abzudrucken, so würde sich die Generalkommission wohl nicht nur unsern Dank verdienen, wenn sie mit der Genossenschaftsleitung in Hamburg einmal ein Bürgerwort reden würde.

### Sind die Genossenschaftsbetriebe Arbeiterbetriebe?

Diese von Professor Staudinger verneinte, in ihrer einseitigen und ganz unhaltbaren Beantwortung von uns schon in Nr. 119 erörterte Frage hat am 14. Oktober nun auch die „Leipziger Volkszeitung“ einer Betrachtung unterzogen. Auf das Leipziger sozialdemokratische Organ sind die Hamburger Friedensengel allerdings nicht gut zu sprechen, aber da es ihnen genehm ist (siehe „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ vom 4. Oktober), wenn der sehr radikal gefärbte Lithograph Schneller gegen eine Anzahl von Parteidruckereien den Vorwurf erhebt, daß sie als Arbeiterunternehmen einer Unternehmerorganisation angehören, so kann unerseits wohl auch Berufung auf die „Leipziger Volkszeitung“ erfolgen, wenn diese mit recht einleuchtenden Gründen den professoralen wie den direktoralen Genossenschaftsführern klar macht, daß Konsumgenossenschaften selbstverständlich Arbeiterbetriebe sind. Zumal die „L. V.“ im Gegenseite zu Staudinger diese Frage unabhängig von der „leidigen Affäre“ zu beleuchten verfeßt, und wo sie diese einmal streift, dann nicht wie der Darmstädter Professor, der Herrn Kaufmann ganz rein zu waschen sucht, sondern von den Buchdruckern ruhig sagt, daß sie im Verlaufe des Konfliktes nicht immer korrekt gehandelt haben.

Die „L. V.“ sagt in ihrem redaktionellen Artikel gleich in den drei ersten Absätzen, worauf es ankommt und was ist:

Für den, der nicht nur allein praktisch in den Konsumgenossenschaften tätig ist, sondern ihre Entstehung und Entwicklung zu verfolgen, ist es ein höchst interessantes und wichtiges Thema, die Beantwortung der Frage, ob Konsumgenossenschaften Arbeiterbetriebe sind, nicht schwer. Er kann diese Frage ohne jeden Vorbehalt nur mit Ja beantworten.

Arbeiter waren es, die unter Leitung des großen Utopisten Owen den ersten wirklichen Konsumverein errichteten. Und als die Owenischen Genossenschaften nach einer kurzen Blütezeit verschwanden, da waren es wiederum Arbeiter, 28 arme Flanellweber in Rochdale, die der Genossenschaftsidee zum Siege verhalfen. Und wenn in Deutschland jetzt die Konsumgenossenschaftsbewegung eine so große Ausdehnung gewinnen konnte, so ist diese Entwicklung nur zurückzuführen auf die Befähigung der deutschen Arbeiterkraft.

Allen voran war es ja die sächsische Arbeiterkraft, die nicht nur allein aus wirtschaftlichen Gründen, sondern vielfach, zumal während der Zeit des Sozialistengesetzes, aus politischen Motiven Konsumvereine gründete und so den Grundstein für die Grobeinheitsgesellschaft und später für den Zentralverband deutscher Konsumvereine legte.

Auf trotz dieser Tatsache, trotz des Umstandes, daß rund 90 Proz. der Konsumgenossenschaftler Arbeiter sind, sehen wir, wie gerade die geistigen Führer des von den Arbeiterkonsumvereinen errichteten Zentralverbandes sich krampfhaft bemühen, den Nachweis zu führen, daß Konsumvereine keine Arbeiterbetriebe sind. Die heutigen Leiter der Konsumgenossenschaften empfinden es geradezu als Schimpf, wenn die Konsumgenossenschaften als Arbeiterbetriebe bezeichnet werden, und sie machen die größten geistigen, wenn auch selten geistreichen Kraftanstrengungen, die Genossenschaftler zum „Umdenken und Umwollen“ zu ziehen.

Der Artikel bringt auch einige Streublumen, die in Hamburg noch weniger angenehm berührt haben werden, namentlich die von den „Unternehmerallüren einzelner Genossenschaftsführer“, und trifft hierauf in dem bewegenden Punkte das Richtige, wenn gesagt wird, der Aufsatz von Professor Staudinger sei „eine zur Verteidigung des Kaufmannschen Serrenstandpunktes in der Buchdruckerfrage geschriebene Rechtfertigung“. Die von uns bereits besonnte Notwendigkeit, sich mit den Vorgängen im genossenschaftlichen Generalfabsquartiere mehr zu beschäftigen, wird in der „L. V.“ folgendermaßen erweitert:

Auf diese einseitige, auf Entfremdung mit der organisierten Arbeiterkraft eingestellte Erziehung ist so manches innerhalb der Konsumgenossenschaftsbewegung zurückzuführen, das von den Gegnern der modernen

Arbeiterbewegung zum Schaden dieser Bewegung ausgenutzt wird. Der Partei- und auch der Gewerkschafts- presse erwächst daraus die Pflicht, mehr wie bisher dieser Erziehungslehre ihr Augenmerk zu schenken, um zu verhindern, daß die Konsumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse ein Mittel werden könnten, um den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin zu schwächen“.

#### Arbeiterdruckereien und Unternehmerorganisation.

Der bereits mehrfach genannte Lithograph Schneller, mit dem wir bekanntlich im Laufe der Jahre manch hübschen Strauß ausgefochten haben, hat in der „Leipziger Volkszeitung“ (25. September) dem Herrn Kaufmann einen zweifelhaften Dienst erwiesen, und der Chefredakteur Dr. Müller hat durch Übernahme der hauptsächlichsten Ausführungen in die „F. R.“ (4. Oktober) diesen Sukkurs noch zweifelhafter gemacht. Müller muß zwar selbst anerkennen, daß Schneller sich nicht auf ihren Standpunkt betreffs der Zugehörigkeit der Verlagsgesellschaft zum Deutschen Buchdruckervereine stellt, aber der von Schn. herausgestellte Gegensatz zwischen der Anschauung des „Korr.“ im Jahre 1906 und unsern Darlegungen in Nr. 106 d. F. erscheint ihm so wertvoll, daß er Schnellers Darlegungen ohne weiteren Kommentar abdruckt, um sie „durch sich selbst wirken zu lassen“.

Schneller hat nämlich „festgestellt“, daß noch sieben Parteidruckereien dem Deutschen Buchdruckerverein angehören, es wäre also ungerecht, wenn der „Korr.“ Herrn Kaufmann allein hängen möchte; richtig sei aber unser jetziger Standpunkt, während der im Jahre 1906 über solche Mitgliedschaft zu der Unternehmerorganisation falsch war. Müller folgert daraus nun, daß mit zweierlei Maß gemessen wird und behauptet: „Die Beweggründe der für das Treiben Verantwortlichen sind ganz andre“. Es erübrigt sich, dagegen noch zu polemisieren, denn die Hamburger Friedensengel haben sich nun einmal in die Ansicht verrannt, daß die fariwidrige Entlassung einiger Gehilfen wegen des Nichtbeitritts zur Unterstüßungskasse nicht die ausschlaggebende Ursache zu dem Konflikt ist.

Wir haben uns mit der Behauptung, Parteidruckereien gehörten jetzt nicht mehr der Prinzipalsorganisation an, hauptsächlich auf die diesbezügliche Erklärung des Geschäftsführers Bérard vom „Samburger Echo“ gestützt, die dieser im vergangenen Jahre nach dem außerordentlichen Genossenschaftstag abgab, auf dem der besondere Fonds und die Zugehörigkeit der Verlagsgesellschaft zum Deutschen Buchdruckerverein eine große Rolle spielte. Wir schrieben damals (Nr. 139 von 1912):

Die Verkoppelung zweier heterogener Elemente ist nicht so einfach zu erklären, aber in aller Kürze wird diese seltsame Geschichte vielleicht so verständlich: Die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. gehört als umfangreicher Druckereibetrieb dem Deutschen Buchdruckerverein an. Dasselbe war von einer Anzahl sozialdemokratischer Druckereien zu sagen. Die Wandlung in der Prinzipalsorganisation, im besonderen aber der Fonds für besondere Zwecke bestimmten jedoch die Parteidruckereien, dem Deutschen Buchdruckervereine wieder den Rücken zu kehren. Der in Zirkularen deutscher zum Ausdruck gekommene Zweck dieses Fonds ließ diese Druckereien von einer Unterstüßung solcher Bestrebungen absehen. Nicht so das genossenschaftliche Unternehmen Verlagsanstalt Kaufmann & Co. Hier glaubte man der Sache der Gehilfen noch zu nützen, wenn man dem Beispiele der Arbeiterdruckereien nicht folgte.

Das ist im wesentlichen das gleiche, was wir in Nr. 106 d. F. schrieben; wir fanden damit auch von keiner Seite Widerspruch.

Damit ist aber auch gesagt, daß nicht auf unser Betreiben hin ein Austrittsverlangen der Arbeiterdruckereien aus der Unternehmerorganisation aufgestellt worden ist. Die Dinge im Deutschen Buchdruckervereine haben sich vielmehr entgegen unsern Erwartungen gewandelt und das vollends durch den obligatorischen Abwehrfonds, der im Sommer vergangenen Jahres in Breslau beschlossen worden ist. Die Prinzipalsorganisation selbst dringt ja auf reinliche Scheidung, die übrigens schon seit Jahren von Prinzipalskreisen gefordert wird. Bezeichnenderweise sind es gerade die Hamburger Prinzipale, die bereits vor drei Jahren einen Antrag zu einer reinlichen Scheidung unternahmen. Daß sie es nun sind, die in einer Versammlung am 19. September d. F. (siehe „Zeitschrift“ vom 3. Oktober) von sich behaupten: „Die Prinzipale zeigen

in solchen Fragen eben mehr Toleranz als der „Korr.“, und sich dagegen wenden, daß unsererseits „die Teilnahme der Leitung der Verlagsgesellschaft an einer Prinzipalsorganisation, nämlich an einer Verammlung des Buchdruckervereins, als ein Verbrechen hingestellt“ wird, muß förmlich verblüffen, wenn man vernimmt, wie „tolerant“ die Herren in praxi sind, wenn es sich nicht um das Arbeiterunternehmen der Verlagsgesellschaft, sondern um andre Prinzipale handelt, die aus ihrer Gehilfenzeit her noch dem Verband angehören. So heißt es laut „Zeitschrift“ in dem Bericht über eine Hamburger Prinzipalsversammlung vom 4. März 1910:

Die Zugehörigkeit zu den beiden Organisationen müsse dem Deutschen Buchdruckerverein in mancher Beziehung schädlich sein, was sich auch an vorgekommenen Indiskretionen über in Bezirksversammlungen besprochene Angelegenheiten gezeigt habe. Aus der sich daran anschließenden Besprechung, an der sich die Kollegen Bendschneider, Kaufmann, Duschek, Michaelis, Lührs und Hartung wiederholt beteiligten, ging im groben und ganzen die Meinung hervor, daß es sich nicht auf vereinbarte Weise, beiden Organisationen gleichzeitig anzugehören. Der Standpunkt der Arbeitnehmer sei ein anderer als derjenige der Arbeitgeber, es gäbe natürliche Gegensätze, die sich nicht überbrücken lassen. Es wurde wiederholt vorgeschlagen, den Mitgliedern des Deutschen Buchdruckervereins eine Frist von etwa einem Jahre zum Austritt aus dem Verbands zu gewähren.

Damals war an den Fonds für besondere Zwecke noch gar nicht zu denken und doch die Wandlung der Anschauungen im Prinzipalslager zum Teil schon so groß, daß es zur Rechtfertigung des in den Nrn. 139 v. F. und 106 d. F. in dieser Beziehung Gesagten keiner Worte weiter bedarf. Es kam aber noch besser. Eine Hamburger Versammlung am 24. April 1910 nahm nochmals Stellung zu dieser Angelegenheit, worüber in der „Zeitschrift“ zu lesen ist:

Die bereits in der letzten Monatsversammlung zur Sprache gebrachte gleichzeitige Zugehörigkeit zum Deutschen Buchdruckerverein und einer Gehilfenorganisation gab Veranlassung zu einer lebhaften Debatte, in der fast sämtliche Redner sich für eine **reinliche Scheidung** erklärten.

Während der Vorstand beantragt, daß solchen, beiden Vereinigungen angehörenden Mitgliedern aufgegeben werden soll, sich bis zum 1. Januar 1911 zu erklären, ob sie aus der Gehilfenorganisation austritten oder ihr dem Deutschen Buchdruckerverein anzugehören bereit seien, und die dem Deutschen Buchdruckerverein in der Zwischenzeit beistehenden Mitglieder sich innerhalb eines Jahres zu entscheiden haben, wird aus der Versammlung ein Vermittlungsantrag gestellt, wonach in den Deutschen Buchdruckerverein künftig nur solche Mitglieder aufgenommen werden, die einer Gehilfenorganisation nicht angehören. Der Antrag des Vorstandes wird darauf mit 33 Stimmen gegen 13 Stimmen, die auf den zweiten Antrag entfallen, angenommen.

Wenn es nach den Hamburger Prinzipalen gegangen wäre, deren Vorstand die schärfere Richtung vertrat, würde schon bis zum 1. Januar 1911 die reinliche Scheidung im Deutschen Buchdruckerverein eingetreten sein, die nun mit dem 1. Oktober 1913 nicht durch Animosität des „Korr.“ oder einer größeren Anzahl unser Mitgliedschaften, sondern durch den obligatorischen Fonds für besondere Zwecke perfekt geworden ist. Die Verlagsgesellschaft gehörte damals dem Deutschen Buchdruckerverein auch schon an, für sie würde diese Eventualität damals also bereits eingetreten sein, denn Herr Steinhoff ist ja auch Mitglied unfres Verbandes. Bemerkenswert ist, daß in dieser zweiten Hamburger Prinzipalsversammlung unserer Organisation so starke Unterstellungen — wir ließen sie in vorstehender Zitierung aus — gemacht wurden, daß wir in Nr. 57 des „Korr.“ von 1910 zu einer geharnischten Entgegnung gezwungen waren. Bei der Gelegenheit setzten wir den Hamburger Prinzipalen auch auseinander, wie tatsächlich tolerant der Verband in solchen Fragen ist. Die jetzt in Hamburg ihren Schild über Kaufmann und Genossen decken, sind also die unberufensten Richter über den „Korr.“ und Dr. Müller sitzt mit seinen schönsten Schlussfolgerungen aus Schnellers Artikel auf dem Sand.

Abzuziehen ist in Rheinland-Westfalen eine gleiche Strömung auch schon seit Jahren zu beobachten gewesen. Die „Zeitschrift“ selbst schrieb am 6. Juni d. F. über den kategorischen Durchführungsbeschluss mit dem Abwehrfonds auf der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins:

Im Sinne einer völligen Klärung ist es auch mit Freuden zu begrüßen, daß in Konsequenz dieses

Beschlusses weiter beschlossen wurde, den Verein von allen Elementen, deren Haltung nicht ganz zweifelsfrei ist, zu reinigen. Der Vorstand wurde ermächtigt, eine Vorlage auszuarbeiten, nach der die Vereinsmitgliedschaft grundsätzlich nicht mehr mit der Mitgliedschaft bei einer andern Organisation des Buchdruckgewerbes vereinbar ist.

Das ist allerdings völlige Klärung, die mit dem Verhalten der Hamburger Prinzipale wie dem der „Zeitschrift“ zu den Leitern der Verlagsgesellschaft und vice versa freilich nur nicht zu vereinbaren ist.

Was nun den Einwurf des Herrn Schneller anbelangt, es gehörten noch sieben Parteidruckereien dem Deutschen Buchdruckerverein an, so haben wir nur fünf feststellen können. Das zuletzt erschienene Mitgliederverzeichnis, auf das sich Schneller stützt, datiert aber vom 31. Dezember 1912. Die „F. R.“ mußte deshalb schon an demselben Tage eine Erklärung der „Dresdner Volkszeitung“ bringen, daß ihr Betrieb der Prinzipalsorganisation nicht mehr angehört. Die übrigen vier in Betracht kommenden Parteidruckereien werden auch erst zu Anfang dieses Jahres ausgetreten sein, also nach Ausgabe des letzten Mitgliederverzeichnisses.

Wir haben schon in Nr. 116 davon Kenntnis gegeben, daß die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine der eingegangenen Verpflichtung gemäß keine Beiträge zum Abwehrfonds geleistet hat und daß sie sich wegen dieser Verweigerung aus dem Deutschen Buchdruckerverein ausschließen läßt wie andre Druckereien, die das nicht mitmachen wollen. Die Hamburger Herren haben durch ihr Rundschreiben vom 19. August aber so deutlich zu erkennen gegeben, wie sehr ihnen die von den Prinzipalen selbst verlangte reinliche Scheidung nahegeht, daß man wohl zu einem Beschlusse, wie von uns gezogen, über sie nach dieser Richtung gelangen konnte.

Es ist weiter nichts als Sophistik, wenn Dr. Müller in der „F. R.“ am 20. September schreibt, unser Verbandsvorstand hätte nichts gegen das Verbleiben der Verlagsgesellschaft im Deutschen Buchdruckerverein einzuwenden gehabt, es sollte nur für den besondern Fonds kein Beitrag geleistet werden, denn diese Verweigerung bedingt doch angesichts des obligatorischen Charakters jenes Beitrags so ipso facto die Ausschleiden. Richtig ist indes, daß unser Verbandsvorstand sich in Folge der Aussprache über diesen Punkt auf der letzten Gauvorsichterkonferenz nicht direkt an die Verlagsgesellschaft wenden, sondern einen andern Weg dazu wählen wollte. Sehr bald kam es aber aus andrer Veranlassung heraus doch zu einer sehr umfangreichen Korrespondenz zwischen Verlagsgesellschaft und Verbandsvorstand über diesen Punkt — stimmt's?

Es ist aber interessant, daß andre Genossenschaftsleistungen aus dem Rundschreiben vom 19. August das gleiche herausgelesen haben wie wir. Der Geschäftsführer Arnold (Leipzig) erklärte nämlich in der Generalversammlung des Leipzig-Magdeburger Konsumvereins am 29. September d. F., er könne nicht der Auffassung von Kaufmann beipflichten, daß Konsumvereine, die Tarifverträge abschließen, auch Mitglieder der Unternehmerorganisation werden müßten, das lehne man in Leipzig ab, sein Verein müßte schließlich dann neun Unternehmerverbänden angehören. Man sieht also, daß auch bei diesem Kapitel die Hamburger Genossenschaftszentrale einen isolierten Standpunkt einnimmt.

Es macht sich doch noch ein kurzer Schlussartikel notwendig, da die Materie zu umfangreich geworden ist.

### □ □ □ □ □ Volkswirtschaft □ □ □ □ □

#### Deutsche Handelsvertrags-, Zoll- und Wirtschaftspolitik.

Wichtige Wirtschaftspragen der Gegenwart bedingen es, daß wir in den an dieser Stelle vor einiger Zeit begonnenen Untersuchungen der primären Ursachen menschlicher Wirtschaft eine einmalige Unterbrechung eintreten lassen. In erster Linie sind es die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit hervorgetretenen Erörterungen über die deutsche Handelsvertrags- und Zollpolitik, die durch das bekannte unnatürliche „Blindnis“ des Zentralverbandes der Industriellen mit den Mittelständlern und den Agrariern zur gemeinsamen Bekämpfung der selbständig denkenden organisierten Arbeiterklasse und zur Hochhaltung einer sie niederhaltenden Wirtschaftspolitik in Erscheinung getreten sind, die uns veranlassen, in unser Programm, das zunächst eine weiter zurückgreifende, systematische Darstellung

der verschiedenen Wirtschaftsstufen bringen sollte, eine sogenannte Tagesfrage zur Abwechslung einzuschalten. In der vorausgehenden Betrachtung über die natürlichen Grundlagen menschlicher Wirtschaft im allgemeinen werden auch dabei zu einem besseren Verständnis dieser modernen Streitfragen nicht ohne Einfluß bei vielen unserer Leser sein.

In diesem Sinne wollen wir dem für diesmal gewählten aktuellen Thema die Festsache voranstellen, daß in den modernen Kulturstaaten, in welchen die kapitalistische Wirtschaftsordnung herrscht, jene Schichten, die nach ihren ganzen Lebensbedingungen konservativ sind, an Zahl stetig ab-, dagegen jene Gruppen, die an einer gründlichen Umgestaltung unserer wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Zustände ein lebhaftes Interesse haben, ganz außerordentlich zunehmen. Für Deutschland ergab das die Berufs- und Gewerbebeziehung von 1907 mit der Feststellung, daß je 1000 erwerbstätige Deutsche sich aus 223 Selbständigen, 53 Beamten und 724 Arbeitern zusammensetzten. Die Lohnarbeiter bilden also die erdrückende Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung. Dazu kommt dann noch, daß die Zunahme der Frauenarbeit weit über die Zunahme der Männerarbeit hinausgeht. Von 1882 bis 1907 liegt nach der bis jetzt einzig und allein offiziell maßgebenden Berufs- und Gewerbebeziehung die Zahl der im Hauptberuf erwerbstätigen männlichen Personen im Deutschen Reich von 13,2 auf 18,6 Millionen, also um 40 Proz., dagegen die Zahl der im Hauptberuf weiblichen Erwerbstätigen von 4,3 auf 8,2 Millionen, also um 90 Proz.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich, daß alle sogenannte Mittelstandspolitik ein „fürliches“ Unternehmen ist, wie es schon der Reichskanzler Hohenzollern vor bald 20 Jahren charakterisiert hat. Und von diesem Standpunkt aus können auch wir den neuesten Schläger der Saison, der in der letzten und sechsten Heftchen zwischen Großindustrie, Mittelstand und Junkertum auf der Arena der wirtschaftspolitischen Organisationen Deutschlands so viel von sich reden machte, nur als Theaterdonner bewerten. Diese Nation eines Bundes der Vertreter der Lebensmittel mit dem Samstagsopfer, in dessen Sinn Anhebung der Arbeiterlohn und der deutschen Zoll- und Handelspolitik wie flammende Zwillinge miteinander verwachsen zu sein scheinen, trägt äußerlich schon das Todeszeichen zur Schau. Diese unnatürliche Paarung ist schon wieder im Verfall begriffen, noch ehe sie die ersten Gehwürde machen konnte. In Wirklichkeit steht nach unserer Auffassung dahinter nur ein ganz raffinierter Schachzug der Großkapitalisten und Junker, die durch Schwängen des roten Lappens die kurzlichen Mittelstandsleute vor ihren Wagen spannen wollten, um sich so im Schalten einer größeren Anhängerschaft der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung um so ungehöriger die Leuten Rufen aus den vor der Erneuerung stehenden Handelsverträgen und der damit zu revidierenden Zollgesetze von vornherein zu sichern.

Diese Schutzpolitik war aber viel zu plump angelegt und die wirtschaftlichen Gegenstände, welche sie zu umfassen und zu fesseln suchte, als daß ein solches Unterfangen in der breiteren Öffentlichkeit nicht von vornherein auf eine fiesende Gegenrichtung gestoßen wäre. So ist es denn auch gekommen, daß von den großen Zielen des „Bundes der Vereinten“ im Grunde genommen heute nur noch jene von einiger Bedeutung und Tragweite geblieben sind, die sich auf eine Unterdrückung der freien gewerkschaftlichen Bestrebungen konzentrieren, wie sie schon in unserer letzten Gewerkschaftsreihe kurz und deutlich beleuchtet worden ist. Darüber brauchen aber wir uns angesichts der stetigen und zielbewussten, vorwärtschreitenden Entwicklung der freien Gewerkschaften keine grauen Haare wachsen zu lassen. Druck erzeugt Gegendruck. Glauben die Feinde der Arbeiter, die letzteren mittels Ausnahme-gesetzen oder Klassenjustiz in Zukunft noch ärger als bisher unterdrücken zu können, so werden sie sich jedenfalls ganz gewaltig verrechnen. Denn schon längst der Vergangenheit angehörnde Experimente gleicher Art haben das deutlich bewiesen, und selbst der „eiserne Kanzler“ hatte diesem ehernen Gange der Geschichte seinen Schwanengesang zu danken.

Ganz anders liegt es dagegen mit den großen Ereignissen auf dem Gebiete der Handelsvertrags- und Zollpolitik, die uns bevorstehen und die ihre Schalten schon jahrelang vorausgeworfen haben, und zwar gerade in den auffälligen Stellungnahmen der verschiedensten Wirtschaftsorganisationen der herrschenden Parteien in letzter Zeit, die auf Erweiterung der Schutzpolitik für Industrie wie Landwirtschaft hinstreben. Hier handelt es sich um die Frage, ob die einer nationalen kastenartigen Engherzigkeit in Deutschland geschuldete Wirtschaftspolitik, die von Jahr zu Jahr zu einer empfindlicheren Vertiefung der notwendigen Lebensmittel der bestillosen Volksmassen geführt hat, in Zukunft noch mehr verschärft oder endlich gestrengt werden soll. Rückenloser Zolltarif oder Abbau der Schutzzölle, das sind die Fragen, die in nächster Zeit das wirtschaftliche und öffentliche Leben nicht nur Deutschlands, sondern auch anderer Kulturstaaten mehr als je beherrschen werden. Und für uns als Buchdrucker handelt es sich in besonderem Maße, daß unsre mühevollen und opferreiche gewerbliche Tarifvertragspolitik immer nur ein Nachhinken hinter wirtschaftlichen Notwendigkeiten oder nicht endlich für die Beschaffen eine über das Notwendigste hinausgehende Sebung der Lebenshaltung dringen soll. Von dieser Erwägung aus wird auch für uns ein weitgehendes Verständnis für diese wirtschaftspolitischen Zeitfragen unerläßliche Voraussetzung. Diesem Verständnis die Wege zu ebnen, sei der Zweck nachfolgender Darlegungen.

Ende des Jahres 1917 für Österreich-Ungarn unter gewissenen Umständen schon 1915) laufen die jetzigen Handelsverträge mit unsern Nachbarstaaten ab. Und dem gegenwärtigen Reichstage fällt die Aufgabe zu, demnächst in eine gründliche Revision der Handelsverträge sowie der ge-

lanten Zollpolitik des Reichs einzutreten. Es steht also eine „Tarifrevision“ bevor, die das gesamte deutsche Wirtschaftsleben angeht. Darum agieren auch bereits die Agrarkonservativen sowie die Metallindustriellen für eine Fortführung der heutigen für sie „bewährten“ Schutzpolitik, weil sie teils in ganz außerordentlichen Erscheinungen im Ausland, teils im Anwachsen des Einflusses der Schutzgegner im Inland eine ernstliche Gefährdung ihrer Prinzipien wittern. Wie das zusammenhängt, soll uns eine kurze Zusammenfassung der Entwicklung der Handelsverträge, der Zölle, der Verbrauchssteuern und Nahrungsmitteleverteilung zeigen.

Gaffen wir zunächst die Handelsvertragspolitik ins Auge, so können wir für Deutschland konstatieren, daß in jenen Kreisen, die gegenwärtig so sehr für die Schutzpolitik schwärmen, in den 50er, 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Freihandelslehre, also das Gegenteil der Schutzpolitik, heimlich war. Denn damals war es noch so, daß durch die Freihandelspolitik Englands den deutschen Junkern ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu hohen Preisen abgenommen wurden und sie dafür zu billigen Preisen englische und französische Industriewaren, seine Delikatessen und gute französische Weine einführen konnten. Als jedoch so nach und nach Ausland und die Vereinigten Staaten als landwirtschaftliche Konkurrenten auf dem englischen Markt auftraten und die deutsche Ausfuhr zurückdrängten, da wurden die preussischen Junker zu wütenden Schutzkämpfern. Und mit demselben Eifer, mit dem sie bis dahin den Segen des Freihandels gepriesen hatten, forderten sie von nun an den Schutz der „nationalen Arbeit“. Sie knüpfen mit den schutzöllnerischen Eisen-, Stahl- und Baumwollindustriellen, die sich unter v. Kardorffs Führung zum Zentralverbande deutscher Industrieller zusammenschlossen hatten, Unterhandlungen zur Durchsetzung schutzöllnerischer Maßnahmen an. So kam im Jahre 1879 der Bismarcksche Wucherzolltarif zustande, der sowohl den Junkern als auch den Großindustriellen höhere Preise für ihre Produkte brachte. Als aber in den Jahren 1882/83 Ausland, die Vereinigten Staaten, Rumänien und Ostindien infolge günstiger Ernten ganz gewaltige Getreidemassen auf den internationalen Markt brachten und dadurch auch in Deutschland die Getreidepreise rapid sanken, da verlangten die Agrarier stürmisch weitere Erhöhungen des Getreidezolls. Sie hatten den Erfolg, daß im Jahre 1885 der deutsche Weizen- und Roggenzoll verdreifacht und im Jahre 1887 gar auf das Fünffache von 1879 erhöht wurde.

Den größten Vorteil von dieser Schutzpolitik hatten die deutschen Metall- und Textilindustriellen. Sie eroberten fast den ganzen Inlandsmarkt und dehnten ihren Absatz nach dem Auslande ganz beträchtlich aus, indem sie dem Auslande viel niedrigere Preise stellten als im Inland und sich für den Minderertrag des Auslandsverkaufs durch Hochschraubung der Preise im Inlande schadlos hielten. Es wurde also nicht nur die deutsche Industrie, sondern auch die deutsche Landwirtschaft und Industrie in brutafer Weise gegen die deutschen Industrieprodukte mobil gemacht wurden. Deshalb erschien auch der weitere „Erfolg“ der deutschen Industrie völlig in Frage gestellt, als im 1892 die meisten der zwischen den europäischen Staaten abgeschlossenen Handelsverträge abliefen. Das böse Beispiel Deutschlands hatte viele andere Staaten mobil gemacht und in ihnen gleichfalls schutzöllnerische Strömungen mit der Spitze gegen Deutschland erweckt. Sie drohten bei fernerer Erhöhung der Ausfuhr ihrer landwirtschaftlichen Produkte mit Einrückung der Einfuhr deutscher Industriewaren, falls eine Erneuerung von Handelsverträgen nicht zustande käme. Da blieb für Deutschland nur der eine Ausweg, sich auf Grund einer Verminderung der gegen das Ausland auferlegten Zollschränken ein gleiches Entgegenkommen vom Auslande zu sichern und dieses vertraglich auf längere Zeit festzulegen.

Die Zustimmung der deutschen Zollpolitik, die Bismarck im Interesse der Junker und Großindustriellen herbeizuführen suchte, war eines jener drei großen Hindernisse, über die der große Kanzler stolperte. Wie er durch seinen Kulturkampf nur das Zentrum und durch das berüchtigte Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterchaft deren Zusammengehörigkeitsgefühl erst recht stärkte, so machte auch seine Zollpolitik, die sich im wesentlichen mit der Abschließung von Meistbegünstigungsverträgen begnügte, kläglich Fiasko. Für die Junker und Großindustriellen hatte der Mohr seine Schuldigkeit getan und er konnte gehen, um auch auf dem wirtschaftspolitischen Gebiete einer freieren, weniger despotischen Handhabung der Zolllinie Platz zu machen. Industrie und Handel wünschten Verträge mit gebundenen Zöllen, sogenannte Tarifverträge, die es unmöglich machten, daß jeder Staat nach Belieben seine Zollsätze hinauf- oder heruntersetzen konnte. Diese Tendenz führte nach Bismarcks Sturz zu den Caprivischen Handelsverträgen. Diese brachten den ausländischen Agrarstaaten eine teilweise beträchtliche Herabsetzung der deutschen Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und wurden am 19. Dezember 1891 in dreiter Lesung mit 243 gegen 48 agrarische Stimmen im Reichstage angenommen. Und am 16. März 1894 kam auch der deutsch-russische Handelsvertrag zustande, der dem Aussehen für seine landwirtschaftlichen Produkte gleichfalls eine wesentliche Herabsetzung der deutschen Einfuhrzölle brachte, jedoch nicht ohne wesentliche Ermäßigung der russischen Zölle auf Eisen- und Textilprodukte. Es war ein beachtenswerter Sieg der deutschen Industrie über die deutschen Agrarier.

Aber es war ein Pyrrhusieg. Denn der ländliche Großgrundbesitz sagte dem Caprivischen Regimente Kampf auf Leben und Tod an. Die nächste Folge war die Gründung des Bundes der Landwirte, der mit allen nur erdenklichen Mitteln eine „waterländische Zollrevision“, d. h.

eine möglichst beträchtliche Erhöhung der Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, anstrebte. Und merkwürdigerweise gefellten sich diesen Feinden der Caprivischen Zollverträge auf einmal auch große Teile der deutschen Großindustriellen, besonders die Maschinen-, Hütten-, Stahlwerks- und Walzwerksbesitzer sowie die Spinnereibesitzer, bei. Auch sie hielten auf einmal eine weitere Erhöhung der Industriezölle nötig, um die englische und amerikanische Konkurrenz in ihren Leistungen künstlich zurückzudrängen. Das taten sie, obwohl die Statistik heute noch nachweist, daß damals die deutsche Industrie von Jahr zu Jahr mehr im Inlande wie im Auslande an Boden gewonnen hat. Es betrug nämlich für Deutschland:

	1891	Prozent	1901	Prozent
	Wert in Millionen Mark	des Gesamt-wertes	Wert in Millionen Mark	des Gesamt-wertes
Die Einfuhr von Rohstoffen für Industriezwecke . . . . .	1734	39,4	2495	43,1
Die Ausfuhr von solchen Rohstoffen . . . . .	687	20,6	1087	24,1
Die Einfuhr von Fabrikaten . . . . .	904	20,5	1064	18,6
Die Ausfuhr von Fabrikaten . . . . .	2049	61,4	2892	64,1

Daraus ist also klar und deutlich zu ersehen, daß von einem Rückgang der deutschen Industrie durch die Caprivischen Handelsverträge gar keine Rede sein konnte. Diese Schwankung der Großindustriellen ins Lager der ostelbischen Großgrundbesitzer entsprang ganz andern Motiven, und zwar den unerhörtesten Tendenzen auf Hemmung des technischen Fortschritts und der willkürlichen Zurückhaltung der Leistungen durch Kartelle und Ringe. Nach amerikanischem Muster sollte der Inlandsmarkt durch Zollschranken abgesperrt und monopolisiert werden, die überflüssige Produktion nach dem Auslande zu spottbilligen Preisen zur Schwächung der ausländischen Konkurrenz verschleudert werden.

Auf diesem durch und durch faulen und wirtschaftlich unmoralischen Boden kam dann der Bülow'sche Wucherzolltarif von 1902 zustande. Durch einen unerhörten Bruch der Geschäftsordnung des Reichstags am 13. Dezember 1902 wurde dieser Zolltarif mit 202 gegen 100 Stimmen angenommen. Nur die Sozialdemokraten und Freisinnigen stimmten geschlossen dagegen; ferner ein Nationalliberaler (Billig) sowie einige Liberarische. Aber das Ausland zeigte sich nicht ohne weiteres geneigt, sich diesem deutschen Zolltarife zu fügen. Erst Ende Januar 1905 war alles erledigt. Gegen die neuen, die Nahrungsmittel enorm verteuern den Handelsverträge stimmten dann am 22. Februar 1905 nur die sozialdemokratischen Abgeordneten, die lübbische Volkspartei und einige Freisinnige, im ganzen 81 Abgeordnete; alle anderen anwesenden Vertreter des Reichstags stimmten dem Zollwucher zu.

In welcher Weise nun der gegenwärtige deutsche Zolltarif und die auf ihm aufgebauten Handelsverträge die notwendigen Lebensmittel verteuern, glauben wir an dieser Stelle nicht besonders auseinandersehen zu müssen. Ursachen und Wirkungen dieser Teuerungspolitik haben wir seit Jahr und Tag unsern Lesern schon von allen Seiten beleuchtet vor Augen geführt. Auch behalten wir uns vor, diese Frage, wenn es not tut, im nächsten Jahre ganz für sich und gründlich zu behandeln. Im Rahmen des vorliegenden Schemas würde das zu weit führen. Bevor wir jedoch aus dem bisher Dargelegten die für uns Arbeiter nötigen Schlüsse ziehen, wollen wir noch einer Einwendung gedenken, die so oft in letzter Zeit von Anhängern der heutigen „bewährten“ Zollpolitik gemacht wird. Es wird behauptet, daß die Teuerung eine internationale Erscheinung sei und infolgedessen die deutsche Zollpolitik nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne. Demgegenüber weisen wir darauf hin, daß Deutschlands Zollpolitik für die meisten andern für uns in Frage kommenden Kulturstaaten zum bösen Beispiele wurde, das gute Sitten verdorben hat. Es ist festzustellen, daß Deutschlands Landwirtschaft gar nicht in der Lage ist, alle Nahrungsmittel für die deutsche Bevölkerung zu liefern, daß aber durch die Zollschranken die Zufuhr von Nahrungsmitteln aus dem Auslande teils erschwert, teils vollständig unterbunden ist. Und darum ist der gegenwärtige Zustand kein eigenlicher Schutz für die deutsche Landwirtschaft mehr, sondern eine sorgfältige Prämie für Hemmung des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft sowie staatlicher Schutz für unerhörten Bodenwucher. Streikende Arbeiter, die für ihre ehrliche Arbeit mehr Lohn verlangen, werden als staatsfeindlich nach allen Regeln der Kunst schikaniert und stehen unter dem Druck einzig dastehender Klassenjustiz, Junker des Ostens aber und Großindustrielle des Westens, die die Produktion von landwirtschaftlichen oder industriellen Gütern willkürlich bestimmen, um hohe Preise dafür einzuheimsen, für die bestehen besondere Schutzgesetze, durch die die freie Konkurrenz und ein fortschrittlicher Ausgleich im Austausch der natürlichen Güter und Kräfte jedes Landes ausgeschlossen wird. Dadurch wird für die Junker und Großkapitalisten nur staalich geschützt, was man den Arbeitern mit allen gesetzlichen Mitteln verwehren will. Arbeitslosigkeit und Streikberei werden als „staats-erhalten“ bezeichnet, sofern diese Handlungen von Arbeitern begangen werden; aber den Großgrundbesitzern und Großindustriellen wird jede Konkurrenz mit Staatshilfe durch die Handelsverträge und die Zollpolitik weit vom Reibe gehalten, damit sie um so ungehöriger die deutschen Konsumenten schröpfen können. Das ist in Wahrheit der Kernpunkt der heutigen deutschen Handelsvertrags- und Zollpolitik.

Darum fühlen sich auch die Herren des deutschen Ostens und Westens unter dem gegenwärtigen Zolltarif und den

Handelsverträgen so außerordentlich wohl und sehen jetzt schon Himmel und Erde in Bewegung, um darin bei der bevorstehenden Revision nur ja keine Änderung eintreten zu lassen oder höchstens in ihrem Interesse. Dem Arbeiter sind aber nicht nur die Lebensmittel und die Preise der Wohnungen und Werkzeuge verteuert worden, sondern auch die Arbeitsgelegenheit wurde ihm durch Errichtung von Fiskalen deutscher Fabriken im Auslande zur Umgehung der fremden Eingangszölle geschmälert. Im graphischen Gewerbe können besonders die Angehörigen des Steindruckgewerbes ein Liedchen von dieser Schackenfeste des Bülowischen Zolltarifs singen. Ebenso schädlich wie diese durch die Zollpolitik bewirkte Auswanderung deutschen Kapitals wirkt auch die von den Großindustriellen im Auslande beliebte Verschleuderung deutscher Rohstoffe und Halbfabrikate, was nicht selten zu 30—40 Proz. unter dem auf dem deutschen Inlandsmarkt geforderten Preise geschieht. Dadurch wird die deutsche Fertigungsindustrie gezwungen, das von ihr benutzte Material weit teurer einzukaufen als die ausländischen Konkurrenzbetriebe, wodurch der deutsche Export eingeschränkt wird. So wird der Arbeiter durch die gegenwärtige deutsche Zollpolitik nicht nur in seiner Eigenschaft als Konsument, als Verbraucher von Nahrungsmitteln und Industrieartikeln geschädigt, sondern zugleich in seiner Eigenschaft als Produzent, als Industriewarenhersteller. Aus diesen Gründen erklären sich auch die in den letzten Wochen bekanntgewordenen Verbrüderungsversuche zwischen Großindustriellen und den Agrariern, die als Vorboten eines Bündnisses zwischen dem Zentralverbande der Industriellen und dem Bunde der Landwirte zur Hochhaltung und Fortführung der heutigen Schutzpolitik angesehen werden müssen. Wohl hat sich der Bund der Industriellen, dem auch der Deutsche Buchdruckerverein angehört, diesen Allianzbestrebungen zwischen Unternehmer und Großgrundbesitzern ziemlich ablehnend gegenübergestellt, weil seine Mitgliedschaft hauptsächlich aus der sogenannten Fertigwarenindustrie zusammensteht und daher von dem gegenwärtigen Schutzsysteme keine besonderen Vorteile haben, aber erst in den letzten Tagen wurde ihm von nationalliberaler Seite begrifflich gemacht, daß er im eignen Interesse auf nun werde, sich nicht als Vertreter eines linksstehenden Stigels der deutschen Industrie und als Gegner eines Bundes der „Wirtschaftskonferenzen“ auszuweisen zu wollen. Wenn man nun weiß, daß die nationalliberale Partei in Deutschland auf politischem Gebiete die eigentliche Unternehmensepartei darstellt, so wird man sich vom Bunde der Industriellen nicht alsbald Opposition gegen die schützenerische Waffenbrüderschaft der Konservativen und der Nationalliberalen bei der bevorstehenden Handelsvertragskampagne versprechen. Denn die Herren der Großindustrie sind auch gleichzeitig im engsten Bunde mit den Matadoren auf dem Geldmarkt und darum würde sich der Bund der Industriellen, zweifellos arg in die Wesseln, setzen, wenn er ernstlich gegen den Stimmwischmanieren wollte. Des Wesseln wird einfach müssen!

Nicht viel besser liegt es auch bei jener Wirtschaftsorganisation, die dem Zentrum und gewissen „nationalen“ Parteien nahesteht und sich in letzter Zeit zur Einberufung eines sogenannten nationalen Arbeiterkongresses aufgeschwungen haben, um gegen die drohende Verfeinerung der gegenwärtigen rückständigen deutschen Wirtschaftspolitik, wie sie durch den „Bund der Verweirer“ ertrebt werden soll, zu protestieren. Denn die Saupflichter dieses „nationalen Arbeiterkongresses“ sind bisher die besten Stützen dieser Verfeinerungspolitik gewesen. Das läßt sich z. B. an Worten und Taten der Unterzeichner des Aufrufs zur Einberufung des genannten Kongresses deutlich nachweisen. Unterzeichnet ist der Aufruf von Behrens, Stegerwald, Schiffer, ferner von Becht, dem Vorsteher des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, und andern Führern christlicher Organisationen. Da tut man gut, sich gegenüber den löblichen Worten an die Taten der christlichen Führer zu erinnern, die vor zehn Jahren bei den Zolltarifkämpfen sich auf die Seite der Zollwucherer schlugen, 1909 die Finanzreform mitmachen und bei den letzten Wahlen den Scharmachern und Sunkern ihre Wähler zuführten. Noch vor kurzer Zeit wagte es die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, von „Fleischnotrummel“ und von der „roten Fleischwaise“ zu schreiben. Es sei auch daran erinnert, daß der christliche Arbeitersekretär Köhmann, der Reichstagsabgeordnete von Ottweiler-St. Wendel, und der Abgeordnete Bell (Mörs-Rees) dem Bunde der Landwirte gegenüber bindende Verpflichtungen abgaben, für den lückenlosen Zolltarif einzutreten. Es wäre also fälschlich, von dieser Seite eine ernstliche Bewegung gegen die Unerbittlichkeit der Agrarier und Großindustriellen auf wirtschaftspolitischem Gebiete zu erwarten. Es ist erbärmlicher Theaterdrammer, was die „Christlichen“ auf diesem Gebiete jetzt wieder in Szene setzen. Wären sich diese Herren gewiß, daß die Zentrumspartei nicht in ihrer großen Mehrheit den Hochschützöllnern zur Seite steht, so würden sie einen derartigen Kongress gar nicht erst einberufen. Aber sie müssen ihren von der Verfeinerungspolitik bedrückten Mitgliedern Sand in die Augen streuen, und dazu soll der einberufende „nationale Arbeiterkongress“ dienen. Daß diese Veranstaltung an der Zentrumspolitik etwas ändern wird, ist nicht anzunehmen und wird von den Obermachern der „christlichen“ oder „nationalen“ Organisationen im Ernst auch gar nicht geglaubt.

So wie die Dinge heute liegen, ist also nach der gegenwärtigen Zusammensetzung des deutschen Reichstags, als der letzten Endes für eine Änderung der bisherigen deutschen Wirtschaftspolitik maßgebenden Instanz, wenig Hoffnung auf Besserung vorhanden. Wohl ist die Linke ziemlich stark, ob aber von den Nationalliberalen und dem Zentrum in entscheidenden Augenblicke so viele Abgeordnete den Mut haben werden, ihre Stimme gegen die Fortsetzung

des heutigen Zollwuchers in die Waagschale zu werfen, daß eine Mehrheit zustande kommt, das muß man leider bezweifeln. Ehe das so weit kommt, müssen noch ganz andre Einflüsse maßgebend werden. Und allem Anscheine nach wird die Hilfe nach dieser Richtung vom Auslande kommen: aus den Vereinigten Staaten, aus England und aus — Rußland. Die neue demokratische Regierung in den Vereinigten Staaten hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens unter der weislichen Führung des Präsidenten Wilson durch Einführung eines neuen, ganz bedeutend ermäßigten Zolltarifs die ganze zukünftige Wirtschaftspolitik dieses großen Landes auf eine neue Grundlage gestellt. Wohl oder übel werden dieser Veränderung auch die mit den Vereinigten Staaten durch den Weltmarkt in Verbindung stehenden übrigen Kulturstaaten in ihren zukünftigen Handelsverträgen Rechnung tragen müssen.

Das Vorgehen der amerikanischen Union bedeutet einen völligen Bruch mit dem Hochschützöllsystem, einen Bruch mit der Schutzpolitik überhaupt, und zwar nach dem verständigen Grundsatze, daß wenn man verkaufen will, man auch kaufen muß. Für die amerikanische Wirtschaftspolitik wird dadurch nach den meisten bisher bekannt gewordenen Urteilen eine völlig neue Ära mit enormer Verbilligung der Lebensmittel und der Produktion im Inlande zu erwarten sein. Zweifellos wird diese Entwicklung auch zunächst auf die westlichen europäischen Staaten in ähnlichem Sinne zurückwirken und von hier aus auch die deutsche Wirtschaftspolitik nur im Sinne einer Senkung der Schutzzölle beeinflussen. Ähnliche erleichternde Wirkungen für das deutsche Wirtschaftsleben wird zweifellos der soeben angeführte Feldzug des englischen Schatzkanzlers Lloyd George gegen die englischen Großgrundbesitzer, indem er deren Landmonopol fest und gründlich anpacken will, nach sich ziehen. Und schließlich kann auch die neuerdings von der russischen Regierung gezeigte Antipathie gegen die „Preußengängerei“ ihrer Untertanen die ostelbische Landwirtschaft in einer Weise ins Rollen bringen, daß daraus entweder die innere Kolonisation und Auflebung des preußischen agrarischen Lebens viel weniger schwierig erscheinen wird als bisher, oder es wird daraus ein Handelsobjekt für den Abschluß des zukünftigen deutsch-russischen Handelsvertrages entstehen, das einer Herabsetzung der Schutzzölle auch nach dieser Seite nur förderlich sein kann. Nach wichtiger sind aber die sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Probleme, die zurzeit das öffentliche Leben des alten Industrielandes England beherrschen. Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung hat England in wenigen Jahren Deutschland überflügelt und sogar eine staatliche Arbeitslosenversicherung eingeführt, an die wir in Deutschland in so weitgehender Form noch lange nicht denken können. Dazu kommt nun der ernste Wille der englischen Regierung, eine durchgreifende Bodenreform vorzunehmen, um die gewaltige Macht des Großgrundbesitzes zu brechen. Und in der neuen Welt, in der Vereinigten Staaten, zeigt sich ein erfreuliches Wetteben der Wirtschaftspolitik. Die britische Wirtschaftspolitik ist es, die die höchsten Triumphe bis jetzt gefeiert hat und dem arbeitenden Volke die tiefsten Wunden schlug, dort hat sich endlich die Demokratie auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik durchgerungen. Die regierenden Männer dieses Volkes, das sich in seinen Wurzeln aus den Nachkommen mutiger und entschlossener europäischer Auswanderer zusammensetzt, die teils unzufrieden mit den rechtlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen in ihrem Mutterlande, teils von letzterem verstoßen, über den großen Teich zogen und sich dort in mühevollen Ringen eine neue Heimat geschaffen haben, sie werden zu wirtschaftspolitischen Lehrmeistern und Wegweiser für die alte Mutter Europa und jedenfalls auch für die deutsche Wirtschaftspolitik durch ihr besseres Beispiel. Und mögen allzu Anglistische in uns'ren Reihen sagen, diese Ideen sind zu radikal und für Deutschland noch lange nicht reif, so möchten auch wir uns diesen Jagdhaffen gegenüber, gleich dem Marburger Professor Dr. Walter Schilling in seinem Buche „Neue Ziele der staatlichen Entwicklung“, mit den Worten des amerikanischen Präsidenten Wilson vertheidigen: „Man sagt mich an, ich sei ein Radikaler. Wenn der Versuch, bis auf die Wurzeln zu dringen, den Radikalen macht, dann bin ich ein Radikaler. Schließlich zieht ja alles, was im Himmellichte blüht, seine Schönheit und seine Kraft aus den Wurzeln. Nur durch die nährenden Säfte, die tief in den Boden gepflanzt sind, kann die Frucht sich entwickeln. Empor von diesem Boden, empor von dem stillen Schoße der Erde steigen die Ströme der Lebenskraft und Lebensfülle. Empor von dem gemeinsamen Boden, empor aus dem stillen Herzen des Volkes steigen heute froh die Ströme der Hoffnung und der Entschlossenheit, die das Angesicht der Erde glorreich erneuern werden!“

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Berlin.** (Brandenburgischer Maschinenseherverein.) Die technischen Kurse für Typographen werden in diesem Monate wieder ihren Anfang nehmen, und zwar findet der erste Unterrichtsabend am heutigen Sonnabend, dem 18. Oktober, der zweite am Sonnabend, dem 25. Oktober, in den Räumen der Typographenfabrik statt. Treffpunkt an beiden Tagen um 4<sup>1/2</sup> Uhr in den „Moabitern Bürgerläden“, Beuststraße 9.

**Danzig.** (Vierteljahrsbericht.) Die Reichsversicherungsordnung mit ihren unwürdigen Änderungen auf dem Krankenkassengebiete hat auch uns're seit 56 Jahren bestehende, gut fundierte Gehilfenkrankenkasse nicht verschont. Sie wird aufgelöst und der neugegründeten Ortskrankenkasse einverleibt werden. In einer außerordent-

lichen Versammlung am 23. August besprach Kollege Papenfoth das neue Krankenkassenstatut und beschloß es als annehmbar. Bei der Wahl zum Ausschusse der Krankenkasse am 26. September erreichten die freien Gewerkschaften unter den Arbeitnehmern mit 16 Vertretern die Mehrheit. Unter diesen befinden sich auch die Kollegen Nagroski und Papenfoth. — Eine reichhaltige Tagesordnung wies die am 25. September abgehaltene, von etwa 100 Kollegen besuchte und mit einer Johanniseftdruckausstellung verbundene Monatsversammlung auf. Unter „Geschäftlichem“ widmete Vorsitzender Jango einem durch Unglücksfall verstorbenen Kollegen sowie dem Arbeiterführer Bebel warme Worte. Aufgenommen wurden fünf junge Kollegen. Aber „Die gegenwärtige Situation im Gewerbe“ sprach Gaworffher Nagroski. Er wies auf die große Arbeitslosigkeit sowie deren Bekämpfung durch Verneinung von Überflüssen hin, ferner, daß ein Teil der Prinzipale durch die volle Ausnutzung der Lehrlingskala die Arbeitslosigkeit unterstütze. Überhaupt sei die Stimmung im Prinzipalslager keine so friedliche mehr wie früher, sondern der Tarif sei vielen bereits ein Dorn im Auge. In den Angriffen gegen die Maschinenfabriker wie überhaupt gegen die Gehilfen liege System, um auch die noch friedlich gestimmten Prinzipale in das Gegenteil zu verwandeln. Nachdem Redner den Gutenbergsbund mit seinen neuen Darbietungen noch gebührend gekennzeichnet hatte, beleuchtete er eingehend den Fall Kaufmann und dessen Ausnutzung durch die Prinzipalspresse gegen die Gehilfen. Eine entsprechende Resolution wurde darauf von der Versammlung einstimmig angenommen. Kollege Bulla zog einen Vergleich zwischen unsern Unterfertigungen und denen des Gutenbergsbundes und widerlegte gründlich dessen Phraserei, daß er jetzt mehr leiste als der Verband. Kollege R. Schulz berichtete über das Gewerkschaftskartell, den Konsumverein und die „Volksfürsorge“, deren fortschreitende Entwicklung besondert.

**Sn. Frankfurt a. M.** (Außerordentliche Hauptversammlung am 6. Oktober.) In einer gutbesuchten Versammlung nahm die Frankfurter Mitgliedschaft erneut Stellung zur Besetzung des besetzten Bezirksvorsteherpostens. Diese wurde nötig, da der in voriger Versammlung gewählte Kollege Rehthaler nach einjähriger Beschäftigung erklärte, das Amt wieder niederlegen zu müssen. Mittlerweile hat R. in Radolfzell einen Posten als Geschäftsführer einer dortigen Druckerei angetreten. Die Installationskommission schlug der Versammlung die beiden bereits mit Rehthaler zusammen aufgestellt gewesenen Kollegen Grünwald (Frankfurt a. M.) und Nepecks (Eiegen) erneut zur engeren Wahl vor. Von 285 abgegebenen Stimmzetteln erhielt Nepecks 186 und Grünwald 89 Stimmen, die restlichen 10 waren zerstückelt. Nepecks wurde nach vollzogener Wahl auch zur Organisationsverteilung ins Karfeld delegiert. In einer der Wahl vorausgegangen Diskussion wurde gewünscht, noch weitere Frankfurter Kandidaten mit zur Wahl zu stellen, der Antrag wurde aber gegen eine starke Minorität abgelehnt. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß die Handlungsweise Rehthalers entschieden gemißbilligt werden müsse. Die von ihm in den Frankfurter „Mitteilungen“ dargelegten Gründe seines Rücktritts seien durchaus nicht stichhaltig. Sein Entschluß hat in Frankfurt und jedenfalls wohl auch in der gesamten Kollegenchaft allgemeines Kopfschütteln erregt. Kollege Bergmann teilte mit, daß am 26. und 27. Oktober die Wahlen zum Ausschusse der hiesigen Ortskrankenkasse stattfinden, die Kollegen wurden zur regen Wahlbeteiligung aufgefordert. Eine hiesige größere Firma bestiehe einen ihrer Drucker leihweise einer befreundeten Firma längere Zeit zu überlassen. Das Verhalten der Firma und des betreffenden Druckers wurde entschieden verurteilt, um so mehr, da wir im Bezirk eine große Anzahl konditionloser Drucker zur Verfügung haben. Aber die Bildungsveranstaltungen des Winterhalbjahrs 1913/14 berechtigte Kollege Salomon; er wies darauf hin, daß den Kollegen im Arbeiterbildungsausschuss und im Ausschusse für Volksvorlesungen eine Fülle geeigneter Themen zur Bereicherung ihres Wissens geboten würden. Es wäre unerschwerlich, daß uns're Mitglieder ausgiebigen Gebrauch hiervon machen, die veranschlagten Eintrittsgelder zu den Vortragskursen werden ihnen von der Bezirkskassa erstattet.

**Grünstadt.** Am 5. Oktober hielt die hiesige Mitgliedschaft eine Versammlung ab, um den Bericht über den Gausag in Mainz entgegenzunehmen. Bezirksvorstehender Rost (Rudwigschafen) schilderte in kurzen klaren Zügen die Verhandlung des Gausags. Die Versammlung war mit den auf dem Gausage gehaltenen Beschlüssen und der gefaßten Resolution im Falle Kaufmann (Hamburg) einverstanden. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten schloß der Vertrauensmann Otto Benz die schönverlaufene und gutbesuchte Versammlung. — Nach der Versammlung blieb man noch gemütlich beisammen.

**W. Hannover.** (Drucker- und Maschinenmeisterverein. — Vierteljahrsbericht.) Im verfloffenen Vierteljahre fanden zwei Mitgliederversammlungen statt, die beide ziemlich gut besucht waren. In der Versammlung vom 26. August wurden zunächst sechs Kollegen neu aufgenommen, sodann teilte der Vorsitzende mit, daß die Zentralkommission demnächst in einem Rundschreiben Stellung nehmen würde zu den eingelaufenen Antworten betreffs Erhöhung der Beiträge. Wegen einer Besichtigung des Kongresses zwecks Herausgabe eines Lehrbuchs für Fachschulen waren künstliche Redner, sie wurde daher abgelehnt. Die Konditionlosen forderte der Vorsitzende auf, sich mehr am Vereinsleben zu beteiligen und die Versammlungen zu besuchen, auch die Arbeitslosen müßten sich fachtechnisch weiterbilden. Kollege Köhne erklärte in der enorm großen Arbeitslosenzahl ernste Gefahren, auf deren Ver-

leistung man bedacht sein müsse. Sodann hielt Kollege Schaper als Beisitzer im Tarifschiedsgericht einen interessanten Vortrag über für uns Maschinenmeister wichtige Tarifschiedsgerichtsentscheidungen, daran die Mahnung knüpfend, möglichst keine Nebenarbeiten zu verrichten, dann würde auch mancher Kollege vor dem Tarifschiedsgerichte bewahrt bleiben. Kollege Fr. Schmidt hielt hiernach einen Vortrag über „Illustrationsdruck“ und gab dabei praktische Hinweise für Zulieferer und Zurecher von Autotypen, Klichés und Holzschritten. Unter „Technischem“ lagen farbige Umschläge und ein farbiges Plakat, gedruckt auf der „Miehle“, vor, wozu die Drucker die nötigen Erläuterungen gaben. — In der Versammlung vom 30. September machte der Vorsitzende zunächst die Mitteilung, daß von unsrer Technischen Kommission ein Kurkurs für die konditionslosen Kollegen geplant sei und brachte dann die Referenten und Thematika des Kongresses in Berlin zur Kenntnis. Den Hauptraum in dieser Versammlung nahm dann ein Vortrag unsrer Lokalarbeitsvorstände Schweinitz ein. Dieser sprach über „Arbeits- und Lohnmethoden in industriellen Großbetrieben“, und führte in seinem Vortrage die verschiedenen Arten der Kontroll- und Lohnformen vor Augen, machte interessante Ausführungen über das amerikanische Taylor-System und das mit diesem System in Verbindung stehende Kalkulations- und Kontrollwesen. Dieses System käme bei uns Buchdruckern nicht in Frage, weil wir ein Mitbestimmungsrecht in betreff Arbeitsmethoden durch unsern abgeschlossenen Tarif hätten; dieses Mitbestimmungsrecht müßten sich die Kollegen erhalten dadurch, daß sie sich mit den Ereignissen im Berufsleben rege beschäftigen. Dem Referenten wurde für seine Ausführungen reicher Beifall zuteil. Sodann wurde auch für diesen Herbst wieder ein Ausflug mit Wurfelstein beschlossen. Kollege Engelhardt machte hierauf wissenschaftliche Ausführungen über farbige Plakate, hergeleitet auf der „Miehle“ und andern Spezialmaschinen. Ferner machte er noch auf die Unfallgefahren an Siegedruckerpresse aufmerksam an der Hand des von der Buchdruckerberufsgenossenschaft herausgegebenen Büchleins: „Die zehn Gebote des Siegedruckers“.

**Randau (Wahl).** In der am 5. Oktober in Edenkoben abgehaltenen Bezirksversammlung, die von 22 Kollegen besucht war, gab Vorsitzender Schödlbauer einen gedrängten Bericht über die Verhandlungen des Gaus in Mainz. Weiter erfolgte die Aufnahme eines Kollegen. Ein Punkt betreffend Veranlassung einer gemeinsamen Gohannisfeier 1914 mit den Bezirksvereinen Kaiserlautern und Pirmasens wurde zurückgestellt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß demnächst eine größere Versammlung in Neustadt a. S. stattfinden, wozu den Kollegen die Fahrt vierter Klasse aus der Bezirkskasse vergütet wird. Es wurde dann noch ein Zirkular von der internationalen graphischen Ausstellung in Leipzig 1914 vorgelesen und seitens des Vorsitzenden der Wunsch ausgesprochen, daß sich die Spilger, recht-, lehr-, und zahlreich, an der Abhaltung der Spilgerkongresse beteiligen möchten, damit es ihnen möglich sei, die hochinteressante Ausstellung zu besuchen, die einzig in ihrer Art zu werden verspricht. Die mit der Versammlung verbundene Ausstellung des Gohannisfestdruckausstausches 1913 fand wieder Aufmerksamkeit und wohlverdiente Beachtung seitens der Anwesenden.

**Leipzig.** (Korrekturen.) In der Versammlung vom 6. Oktober hielt Kollege R. Thieme einen Vortrag: „Sozialpolitische Streiflichter“. Er ging hauptsächlich auf die zeitgenössische Frage der Arbeiterversicherung ein und behandelte in längeren und verständnisvollen Ausführungen die neue Krankenversicherung. Lebhafter Beifall belohnte den Redner für seinen gegebenen Vortrag. Ein vom Buchgewerbeverein zugesandtes Zirkular, das der Rechtschreibausfluß durchdraten hatte, fand seine Erledigung. Das in der dritten Auflage erschienene Buch unsrer Kollegen Wilhelm Hellwig, „Der Satz und die Behandlung fremder Sprachen“ wurde den Versammelten vorgelegt. Zum Schluß wurden verschiedene sprachliche Artikel aus den Fachzeitschriften bekanntgegeben. Drei neue Mitglieder traten dem Vereine bei.

**Lübeck.** (Vierteljahrsbericht.) Die Generalversammlung am 2. August nahm nach Bekanntgabe einiger Mitteilungen, und nachdem der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartale gegeben hatte, den Bericht vom Gaus tag entgegen. — In der Versammlung am 22. August weihte Kollege Krahl (Leipzig) in unsrer Mitte, um uns einen Vortrag zu halten über das Thema: „Gewerkschaftsfragen und Gewerkschaftsstatistik unsrer Zeit“. Seine interessanten Ausführungen wurden von der sehr gut besuchten Versammlung mit regem Interesse aufgenommen. In der sich hieran anschließenden Diskussion fanden einige gefesselte Anfragen Beantwortung. Auch wurde bei dieser Gelegenheit dem Falle Kaufmann die gebührende Beleuchtung zuteil. — Die Septemberversammlung hatte sich u. a. mit der Neuwahl eines Vorsitzenden zu befassen, da Kollege Durach, der diesen Posten bisher bekleidete, vor einem Domizilwechsel stand. Zu seinem Nachfolger wurde Kollege Brutus Wolkenbühr bestimmt. Ferner wurde das Mitglied Alwin Kraus wegen Konditionierens in einer nicht-farbitrenen Druckerlei ausgeschlossen. Zwei weitere Kollegen sollen nochmals aufgefordert werden, ihre Karte bis zum Quartalschluß zu begleichen, andernfalls sie dem Gauvorstande zum Ausschluss empfohlen werden. Unter „Vereinsangelegenheiten“ wurde die Vorschlagsliste zur Diskontantenwahl aufgestellt. Weiter wurde das Verhalten der Geschäftsleitung der Hamburger Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine einer Kritik unterzogen und eine vom Kollegen Salomon eingetragene Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme. Kollege Dehinde sprach hierauf unsern bisherigen Vorsitzenden seine Anerkennung für die stets unparteiische Leistung aus und erjudete die Versammlung, sich zu Ehren des Scheidenden

von den Sitzen zu erheben. Kollege Durach dankte in kurzen Worten. Seiner Einladung, noch ein Stündchen gemüßlich zusammenzubleiben, kamen die Kollegen fast ohne Ausnahme nach. Ein Beweis dafür, daß Kollege Durach sich hier allgemeiner Beliebtheit erfreute. Die „Graphische Niedertafel“ ließ sich es auch diesmal nicht nehmen, mit einigen gelanglichen Darbietungen aufzuwarten.

**Ludwigshafen a. Rh.** (Vierteljahrsbericht.) Die Zulieferversammlung hatte eine mehr interne Tagesordnung zu erledigen. Unter „Geschäftlichem“ machte der Vorsitzende auf die statutarischen Bestimmungen betreffend die An- und Umhebung in Krankheitsfällen und bei Konditionslosigkeit aufmerksam. Trotzdem diese Bestimmungen auf den Versammlungsziirkularen abgedruckt wurden, werden sie von manchen Kollegen sehr oft nicht eingehalten. Den Kassenbericht für das zweite Quartal gab der Kassierer Endemann, wofür ihm Decharge erteilt wurde. Den Kassenbericht erstattete Kollege Moller. Er teilte u. a. mit, daß Kollege Kauschert aus Koburg zum Arbeitersekretär für den Industriebezirk Ludwigshafen gewählt worden sei. Unter „Verschiedenem“ erstatteten die Kollegen Jgel und Rost Bericht über das Tarifschiedsgericht. — Am 3. August fand eine Ausstellung amerikanischer Drucksachen statt, welche gut besucht war. Kollege Diehl (Mannheim) hielt dabei einen erläuternden Vortrag und erteilte für seine Ausführungen reichen Beifall. — In der am 20. September stattgehabten Versammlung erstattete Kollege Engler Bericht über den Gaus. In seinem Referate verbreitete er sich ausführlich über die dort gefassten Beschlüsse und Abänderungsvorschläge. In den Bericht schloß sich eine kurze Diskussion, aus der sich Befriedigung über den Verlauf des Gaus tag kundgab. Die darauf folgende Wahl von drei Mitgliedern zum Gauvorstand ergab die Wiederwahl der Kollegen Endemann, Seiwert und Winkes. Darauf wurden 21 Kandidaten zum Ausschusse für die Ortskrankenkasse aufgestellt. Einem Kollegen, der wegen Reisen ausgeschlossen werden sollte, wurde auf sein Gesuch noch eine Frist gewährt, nach deren Ablauf der Ausschuß rechtskräftig wird, wenn die Beiträge nicht bezahlt sind.

**Münster i. W.** (Maschinenmeisterklub. — Vierteljahrsbericht.) Unter Hauptaugenmerk ist darauf gerichtet, die technische Fortbildung der Mitglieder zu fördern. In unsrer Monatsversammlung am 17. Juli wurde ein Vortrag über den farbigen Druck auf Umschlägen gehalten mit anschließender Diskussion. — Am 17. August wurde unsre zweite diesjährige Bezirksversammlung in Coesfeld abgehalten. Vormittags fand eine Besichtigung der Papierwarenfabrik von W. Fildner und der Flachdruckmashinensmaschine „Heureka“ der Firma S. Fleißig statt. Da uns diese Maschine in Betrieb gezeigt wurde, erweckte sie um so mehr das Interesse der Mitglieder. Wir können es nicht unterlassen, auch an dieser Stelle genannten Firmen unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Auf der Tagesordnung stand u. a. auch ein Vortrag über Matkunsdruck von der rheinisch-westfälischen Maschinenmeisterzentrale, welcher an Hand einer schönen Sammlung Druckmuster sehr interessant und lehrreich ansangearbeitet war. Verschiedene Kollegen gaben ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete zum besten, und somit hat der Vortrag seinen Zweck nicht verfehlt. Hierauf fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung. Zum Schluß wurde ein Appell an die Mitglieder gerichtet, dafür zu sorgen, daß die noch fernstehenden Druckerkollegen sich unsrer Sparte anschließen. — In unsrer Versammlung am 20. September wurde ein Vortrag über die Anwendung und die Vorteile des Gummituchs gehalten, welcher von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde. Auch kam das Rundschreiben Nr. 36 der Zentralkommission zur Sprache. Nachdem einige interne Angelegenheiten. Der Besuch der Versammlungen war ein zufriedenstellender.

### ○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

**Gesammelte Entscheidungen der Tarifinstanzen.** Im Interesse eines immer gründlicher werdenden Verständnisses der tariflichen Rechtsprechung in unserm Gewerbe möchten wir noch einmal auf das vor kurzem erschienene Heft 3 der „Gesammelten Entscheidungen“ der Schiedsinstanzen, die vom Tarifamt herausgegeben werden, aufmerksam machen. Nicht nur jedem Tarif- oder Verbandsfunktionär und jedem Druckerbetriebsvertrauensmann, sondern auch jedem Gesellen, der hinsichtlich seiner tariflichen Kenntnisse auf der Höhe der Zeit stehen will, kann ein genaues Studium dieser Publikation nicht dringend genug empfohlen werden. Manche irrtige Ansicht über Pflicht und Recht im Arbeitsverhältnisse kann dadurch korrigiert, nicht minder aber auch mancher Mißstand, der da und dort auf tariflichem Gebiete noch vorhanden sein mag, beseitigt werden. Das Einzelheft kostet 25 Pf. (ausschließlich Porto) und kann direkt vom Tarifamt, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, bezogen werden. Das Porto beträgt für 1 Exemplar 5 Pf., für 2 und 3 Exemplare 10 Pf., für 4—6 Exemplare 20 Pf., für 7—13 Exemplare 30 Pf. und für mehr als 13 Exemplare ist Paketporto erforderlich. Wie uns mitgeteilt wurde, ist noch eine Anzahl Exemplare der Nr. 2 der „Gesammelten Entscheidungen“ vorrätig. Diese können auf Wunsch nachgeliefert werden. Postanweisungen sind stets mit der Adresse des Geschäftsführers Paul Schliebs zu versehen.

**Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914.** Immer größer wird das Interesse, das alle Kreise, namentlich aber die Fachwelt, der internationalen Buchgewerbeausstellung entgegenbringen. Auf vielfach geäußerten Wunsch, etwas Näheres, Zusammenhängendes von der Ausstellung zu hören und zu sehen,

werden in den nächsten Wochen in einer Reihe der wichtigsten Städte Deutschlands Lichtbildervorträge gehalten. So spricht der Verwaltungsdirektor des Deutschen Buchgewerbevereins, Herr M. Fiedler (Leipzig), in Danzig (Dienstag, 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr), im großen Saale des „Gewerbehauses“, in Königsberg (Mittwoch, 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der „Deutschen Reifource“), in Graudenz (Donnerstag, 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel „Schwager Adler“), in Posen (Sonntag, 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Auditorium maximum“ der Kgl. Akademie). Herr Karl Wagner (Leipzig) spricht in München (Dienstag, 28. Oktober, abends 8 Uhr, in der Handwerkskammer) und in Nürnberg (Freitag, 31. Oktober, abends 8 Uhr im Hofsaal der Bayerischen Landesgewerbeausstellung). Weitere Vorträge in andern Städten sind in Vorbereitung, und zwar werden noch Herr Kaiserlicher Baurat Dr. Nikolaus, der Leiter der sachtechnischen Abteilung der Buchgewerbeausstellung, und Herr Regierungsdirektor Dr. Schramm, der Direktor des Deutschen Buchgewerbevereins, sprechen. Die Vorträge, deren Besuch kostenlos ist, werden in knapper Form über die umfassennde Größe und die hohen Aufgaben der Buchgewerbeausstellung berichten, über die große Anteilnahme, die man ihr von allen Seiten entgegenbringt, und über die Befestigung des Auslandes, der Industrie und der Fachverbände. Auch die innere Organisation der Ausstellung, die Einteilung in eine kulturhistorische Abteilung und in sachtechnische Abteilungen, neben denen die eigentliche Industrie auftritt, ferner das Gelände mit seinen großen Hallen und Anlagen wird in kurzen Zügen behandelt werden.

**Die Veröffentlichung von Gerichtsurteilen im In- und Ausland.** Nach einem Berichte der „Dresdner Volkszeitung“ fällt dieser Tage die Berufungskammer des Chemnitzer Landgerichts über die Verpflichtung zur Veröffentlichung von Urteilen aus Prozeßsachen im In- und Ausland eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung. Der verantwortliche Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“ war vom Schöffengerichte wegen Übertretung des Pressgesetzes zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil er ein Urteil, das in einer Strafsache ergangen war, entgegen der gerichtlichen Anordnung einige Tage zu spät publiziert hat. Gegen das Urteil legte er Berufung ein, indem er geltend machte, daß er für diesen Fall nicht verantwortlich zu machen sei, da er nur für den redaktionellen Teil verantwortlich zeichne. Der Urteilsenor werde aber gegen Bezahlung veröffentlicht, weshalb der Informatoren dafür verantwortlich sei. Allerdings habe das Gericht alle Zuschriften an die Redaktion gefandt, wodurch denn auch die Verögerung der Publikation zu erklären sei. Andere Meinung war der Staatsanwalt. Er erklärte, daß die Veröffentlichung eines Urteilsensors in den redaktionellen Teil gehöre. Das Gericht hob jedoch das Urteil des Schöffengerichts auf und erkannte auf Freisprechung. Außerdem wurde dem Kläger noch der Straf für die ihm durch „Rechtsstreit erwarbten“ Anlagen“ zugesprochen. „In der Begründung wurde ausgeführt: Der § 10 des Pressgesetzes bestimmt zwar nicht ausdrücklich den Platz, an dem die Veröffentlichung erfolgen muß, aber er befragt, daß die üblichen Einrückungsgebühren dafür gezahlt werden müssen. Danach kann nur der Informaten dafür in Frage kommen. Der Standpunkt nun, um so mehr verfehen werden, als die „Volksstimme“ keinen besonderen Teil für amtliche Bekanntmachungen hat.

**Unterdrückung der Arbeiterpresse in Rußland.** Die russische Regierung will die Arbeiterklasse mundtot machen. Kaum waren die zwei neuen Tagesblätter „Schiraja Schisn“ und „Rabotschaja Prawda“ erschienen, als sie auch mit bekannter Brutalität unterdrückt wurden. Das Petersburger Kreisgericht hat beschlossen, das Erscheinen beider Blätter zu inhibieren, bis über die gegen sie erhobenen Klagen ein Urteil gefällt ist. Damit sind auch diese zwei Vorkämpfer der toben Gewalt zum Opfer gefallen. Von den 19 insgesamt erschienenen Nummern der „Schiraja Schisn“ sind nur vier unbestraft gelassen worden. Elf Nummern sind konfisziert und wegen des Inhalts von vier Nummern sind dem Redakteur für jede Nummer 500 Rubel Strafe auferlegt. Ein Redakteur muß neun, der andre drei Monate Arrestbequemlichkeiten genießen. Von den 17 Nummern der „Rabotschaja Prawda“ sind nur zwei unbestraft gelassen worden; 13 Nummern sind konfisziert, zwei mit je 500 Rubel bestraft worden. Einige Tage früher hat der Petersburger Gerichtschoß auch das Organ der Volkssozialisten, „Tudowoi Golos“, geschlossen. Von diesem Blatte, das meistens von Arbeitern, Bauern und Studenten gelesen wurde, sind nur 23 Nummern erschienen, die auch fast alle konfisziert und mit Geldstrafe belegt worden sind. Die vier erschienenen Nummern des neuen Arbeiterblattes „Sewernnaja Prawda“ sind ebenfalls konfisziert worden. Der Herausgeber des Blattes erkundigte sich beim Proskomitee, aus welchem Grunde jede Nummer konfisziert wird. Als ihm geantwortet wurde, das sei wegen der Artikel über Streiks in solchen Unternehmungen, welche für die Krone arbeiten, geldehen, ließ er die Nummer 4 ohne Artikel über Streiks erscheinen; ungeachtet dessen wurde auch diese Nummer konfisziert. Die lettische Arbeiterpresse ist ebenso der administrativen Willkür ausgeliefert. Die neueste Nummer des Gewerkschaftsorgans „Arodneeks“ und des politischen Blattes „Dshihws Bals“ sind wegen Abdruck der Namen von Streikbrechern konfisziert worden.

**Soziale Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände unter freigewerkschaftlicher Führung.** Einmütige Beschlüsse der Unternehmer- und Arbeitervertreter im Allgemeinen Knappchaftsvereine, die dieser Tage in Bochum zustande gekommen sind, erregen berechtigtes Aufsehen. Es ist die einzig dastehende Tatsache zu verzeichnen, daß die Hauptversammlung des Allgemeinen Knappchaftsvereins

als höchste Instanz der gesetzlichen Zwangsversicherung aller Bergarbeiter im Ruhrkohlengebiete zum erstenmal einstimmig Beschlüsse fassend, die zum Teil wesentliche Verbesserungen in den Unterführungseinrichtungen der Knappschichtstätten bringen werden. Das Bemerkenswerteste ist jedoch, daß dieser Beschluß sich durchweg auf Anträge bezieht, die von den Vertretern des alten (freien) Bergarbeiterverbandes gestellt worden sind. Es waren 486 Knappschichtstätten als Vertreter der Arbeiter und 136 Werksbesitzer mit einer Stimmberechtigung für 382000 Bergarbeiter anwesend. Der christliche Gewerksverein hatte Anträge gestellt, die für die Knappschichtkrankenkassen eine Mehrbelastung pro Jahr von über 21 Millionen gebracht hätten; die des politischen Berufsvereins hätten 15 1/2 Millionen und die des alten Bergarbeiterverbandes nur 4 1/2 Millionen Mark mehr erfordert. Die christlichen Anträge überließen also die des freien Bergarbeiterverbandes um das Fünffache. Im Verhandlungsgang selbst zogen aber die Vertreter des freien Bergarbeiterverbandes die vorher gestellten Anträge wieder zurück und reichten neue Kompromißanträge ein, die nur etwa 2 1/2 Millionen Mark Mehrausgaben erfordern. Dazu gab dann in den Verhandlungen ein Vertreter der freigewerkschaftlichen Richtung die Erklärung ab, daß sie sich auf die vorliegenden neuen Anträge nur deshalb beschränkt hätten, um wenigstens etwas zu erreichen, und ersuchten um einstimmige Annahme der Anträge. Die Sprecher des christlichen Gewerksvereins und der Polen machten zwar einige Bedenken geltend, waren aber klug genug, ebenfalls die Annahme dieser Anträge zu empfehlen. Die Abstimmung ergab jedoch auch die einstimmige Annahme der Anträge des alten Bergarbeiterverbandes bei den Arbeitervertretern, und zum großen Erfassen der Arbeitervertreter erhoben sich auch sämtliche Werksbesitzer für diese Kompromißanträge des alten Bergarbeiterverbandes. Dieses Ergebnis wurde mit frohem Beifall allseitig begrüßt, und der Geheimrat Dr. Weidmann schloß die Versammlung mit dem Ausdruck der Freude über diesen Ausgang. Auf diesen Erfolg kann der alte Bergarbeiterverband mit Stolz blicken. Denn dadurch hat er vor aller Welt bewiesen, daß er nur praktische Gewerkschaftspolitik verfolgt und wie keine andre Organisation der Bergarbeiter Deutschlands berufen ist, die Interessen aller Bergknappen zu verteidigen und zu fördern.

**Krankenkassenwahl in Leipzig.** Bei der am 13. Oktober vorgenommenen Wahl zum Ausschusse der Leipziger Ortskrankenkasse wurden insgesamt 56885 Stimmen abgegeben, 56503 waren gültig. Davon erhielt die Liste des Gewerkschaftsartikels 51229, die Liste des Ausschusses der nationalen Arbeiter und Angestellten 4079 und die Liste der nationalen Frauen 1195 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten 55 Sitze, die Nationalen 4, die Frauen 1 Sitz. Die Heise der bürgerlichen Presse gegen die „sozialdemokratische Kassenverwaltung“ hatte zur Folge, daß die Wahlbeteiligung von 38080 im Jahre 1910 auf 56885 bei der diesmaligen Wahl im Jahre 1911 gestiegen ist.

**Angewandungen als Mittelstandsvertreter.** Ein reichhaltiges Einbild in das Treiben gewisser Scharmacher, besonders in einer Zeit, in der sie nach Ausnahmegelegenheiten gegen die Organisationen der Arbeiter schreiben, bietet folgendes kürzlich herausgegebene Zirkular der Malerzunftangewandung zu Essen a. d. Ruhr: „Werter Herr Kollege! In letzter Zeit ist die Zahl der Anpöndbaren auffällig und übermäßig gestiegen. Wenn auch zu einem Teile die wenig günstige Lage unseres Gewerbes, vor allem der letzte Streit, die Schuld daran tragen mögen, so besteht doch wohl auch mit Recht die Vermutung, daß manche unserer Kollegen sich absichtlich und ohne Grund der Erfüllung ihrer Zahlungspflicht gegenüber der Zunftung zu entziehen suchen. Durch das anscheinend zulässige Vorgehen der städtischen Vollziehungsbeamten bei der zwangsweisen Eintreibung der rückständigen Zunftbeiträge und Strafgebühren scheint diesem Bestreben Vorschub geleistet zu werden. In der letzten Zunftversammlung am 9. cr. wurde deshalb beschlossen, die Stadtverwaltung zu ersuchen, ihre Vollziehungsbeamten mit strengster Instruktion zu versehen. Gleichzeitig war diese Versammlung damit einverstanden, daß von der nächsten Zunftversammlung ab die Namen der unspöndbaren Zunftmitgließer jedesmal zur Verlesung gebracht werden. Auch soll bei den Behörden beantragt werden, solchen Zunftmitgließern Arbeiten nicht zu überfragen. Im eigenen Interesse unserer Mitglieder bitten wir alle diejenigen, die mit ihren Beiträgen usw. noch im Rückstande sind, dieselben umgehend an die Verwaltungskasse, Lindenallee 45, abzuführen. Andernfalls werden gemäß Zunftbeschlusse vom 9. cr. die Namen dieser Kollegen in der nächsten Zunftversammlung bekanntgegeben. Kollegial! S. M. des Vorstandes: gez. Fr. Karrenbrodt, Obermeister; L. B.: Dr. Offenbach, Zunftvorsitzender.“ So beruht das Unternehmertum die ihm vor den Arbeitern gewährten gesetzlichen Vorrechte der zwangsweisen Organisation, um seine Interessen rückstandslos zu wahren. Erst haben die Malerzunftangewandungen durch ungesetzliche Beschlüsse die Malermeister in einen für sie opferreichen Kampf des Unternehmerverbandes gegen die Gewerkschaftsorganisation terrorisiert, nun sie dadurch wirtschaftlich zugrunde gerichtet sind, erhalten sie von ihrer Zunftung den mit strengster Instruktion versehenen Gerichtsvollzieher ins Haus geschickt, in den Zunftversammlungen werden die Namen der zum Bankrotte getriebenen unspöndbaren Malermeister verlesen und die Behörden werden aufgefordert, ihnen durch Entziehung ihrer Aufträge den Gnadenstoß zu verleißen. Auf diese Art soll aber auch die Erbbe in den durch die Absperrung mit angegriffenen Zunftkassen vertrieben werden. Ferner schaffen sich die Herren dadurch eine Anzahl Konkurrenten vom Leibe, damit die fester im Sattel sitzenden Malermeister die Preise besser hochbringen und die Arbeiten unter einem kleineren Kreise von Interessenten verteilen können. Das ist jetzt

der Dank vom Hause Habsburg für die Malermeister, die den Kodungen der ausperrungsstüßigen Scharmacher im Gewerbe gefolgt sind. Der letzte Kampf im Malergewerbe zeigte, wie besonders in Rheinland-Westfalen Innungen, Unternehmerverband und Industriellenorganisationen gemeinsam arbeiten und fortdauernd die Farbenlieferanten und deren Reichende öffentlich ganz ungeniert boykottierten, wenn sie nicht Beiträge für den Unternehmerverband leisteten. Kein Wunder, wenn da jeder Unternehmer, der nicht in das Horn der Innungs- und Unternehmerverbandsterroristen bläst, den wirtschaftlichen Druck fürchtet.

**Der Staat als Arbeitgeber.** Nach einem Berichte der Naumannschen Wochenschrift „Die Hilfe“ hat die englische Admiralität auf ihren Werften die gewerkschaftliche Organisation der Werftarbeiter anerkannt. Bei künftigen ersten Streikfällen will sie Abgeordnete ihrer Werftarbeiter, gegebenenfalls aber auch Vertreter der Werftarbeiterorganisation, die gar nicht auf den Admiralitätswerken beschäftigt sind, zu Einigungsverhandlungen heranziehen. Den Unterhändlern, soweit sie auf den Staatswerken in Arbeit stehen, soll das Fahrgehalt nach London nebst Fortzahlung ihres Lohns gewährt werden. Die englische Admiralität verpflichtet sich von der Anerkennung der Trade Union auf den Admiralitätswerken einen günstigen Einfluß auf die Stimmung und Arbeit ihrer Werftarbeiter. Wie weit in Preußen-Deutschland von solcher im Reichstage wiederholt geforderten Anerkennung der Organisation auf Werften und in Staatswerkstätten noch entfernt sind, zeigt folgender neue Erlass der Kgl. Eisenbahndirektion Elberfeld: „Fortan sind alle Veränderungen in der Organisation der Fachvereine, in der Befehung der Vorstandsämter, des örtlichen Geschäftsbereichs, des Fachorgans usw., ausgenommen jedoch Mitgliedszahl oder -abgang, auf dem Dienstwege sofort nach Eintritt der Kgl. Eisenbahndirektion Elberfeld mitzuteilen. Die Übernahme von Ämtern in Fachvereinen bedarf, wie ausdrücklich betont wird, der Genehmigung der Kgl. Eisenbahndirektion. Die Verpflichtung zur Meldung aller vorerwähnten Veränderungen erstreckt sich auf sämtliche Direktionsbezirke vorhandenen Verbände, Bezirks- und Ortsvereine usw. Für die rechtzeitige Meldung ist der betreffende Vorliegende verantwortlich.“ Dazu bemerkt die Redaktion der „Hilfe“: „Der preußische Bevormundungsgeist gegenüber den Arbeiterberufsvereinen herrscht keineswegs bloß in der Eisenbahndirektion Elberfeld. Deshalb wird man in diesem Winter in den Parlamenten das englische Vorbild zur Sprache bringen müssen.“

**Grubenkatastrophe in Cardiff.** Im Kohlenbergwerk Universal bei Cardiff (Südwesten) ereignete sich in den letzten Tagen ein furchtbares Grubenunglück. Durch eine Explosion wurde ein Saupfachsicht zerstört und 931 Bergleute eingeschlossen, von denen bisher nur etwa 500 gerettet werden konnten.

- Gelehrten.**
- In Donaauwörth am 15. Oktober der Buchdruckerinvalide Max Racher, 32 Jahre alt.
  - In Dresden am 13. Oktober der Drucker Richard Hartmann von dort, 23 Jahre alt — Lungen- und Tuberkulose.
  - In Erfurt am 2. Oktober der Buchdruckerbesitzer F. Karl Wellendorf, 46 Jahre alt.
  - In Frankfurt a. M. am 13. Oktober der Sieher Heinrich Wisnath.
  - In Hamburg am 13. Oktober der Seherinvalide J. F. Rose aus Varel, 75 Jahre alt.
  - In Hannover der Seher Karl Sedlmayer, 57 Jahre alt — Magenkrebs.
  - In Mühlhausen i. Ost. am 13. Oktober der Seherinvalide Pierre Junker aus Niedermorschweiler, 40 Jahre alt — Lungen- und Tuberkulose.

**Briefkasten.**

M. L. in St.: Bedauern, Ihrem Wunsche nicht entsprechen zu können, da es zu weit führen würde, wenn von 25jährigen Geschäftsjubiläum Notiz nehmen wollten. — G. S. in M.: Außer dem „Neuen Balthischen Bucharbeiter“ geben uns russische Zeitungen nicht mehr zu. Abirgen im Briefkasten der Nr. 108 schon beantwortet. Frdl. Gruß! — r. in Straburg: Jener Kollege, der als Vorsitzender des dortigen Konsumvereins einem andern Kollegen das Wort entzog, als dieser in der Konsumvereinsversammlung den Fall Kaufmann zur Sprache bringen wollte, wird wohl auch ohne besonderen Artikel in einer Mitgliederversammlung zu erfahren bekommen, wie kein Verfahren zu beurteilen ist. Er sollte von dem Kollegen Fuß in Essen lernen. Nageln wir sein „Verdienst“ um Kaufmann also hiermit an! — A. L. in R.: Buchgewerbehau in Leipzig, Dolgstraße 1. — D. L. in G.: Werden sehen, ob Gedändes sich entsprechend verwerfen läßt. — W. K. in St.: Findet gelegentlich Aufnahme. — C. G. in Köln: Für Sendung besten Dank. — R. K. in Kollbus: 80 Pf. — H. K. in Mühlhausen i. E.: 2,30 Mk. — S. B. in Hamburg: 2,30 Mk. — Wittenberg: 7,85 Mk. — J. R. in Donaauwörth: 2,15 Mk.

**Verbandsnachrichten**

Berndsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, Bernsprediger: Amt Sursfürst, Nr. 1191.

**Bekanntmachung.**

Zur Berichtigung des am 1. November neuerscheinenden Adressenverzeichnisses werden diejenigen Bezirksvorsteher und Kassierer bzw. Vorsitzenden der größeren Mitglieds-

schaften, die ihre Wohnung verändert und diese Veränderung im „Korr.“ noch nicht bekanntgegeben haben, ersucht, ihre neue Adresse bis spätestens 25. Oktober der Hauptverwaltung, Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, anzugeben.

Berlin, den 14. Oktober 1913.  
**Die Hauptverwaltung.**

Gera (Neuh). Der Seher Franz Becker aus Lobenstein, welcher zuletzt in Klosterlausnitz konditionierte und am 22. September von Lobenstein ohne Buch abreiste, wird aufgefordert, 6,75 Mk. (fünf Beiträge) umgehend an Walter Rankke, Greizer Straße 38 II, einzusenden, andernfalls Ausschluß erfolgt.

**Adressveränderungen.**

**Sohentzen.** Vorsitzender: Hans Pape, Nychen, Stargarder Straße 75 pt.; Kassierer: A. Staban, Nychen, Lempiner Straße 182.

**Ruhrort.** Vorsitzender: Rudolf Feuer, Karlstraße 12.

**Carlsruhe-Merzig.** Infolge Wegzugs des Vorsitzenden K. Kammerer sind alle Sendungen bis auf weiteres an den Kassierer Fr. Pecina gelangen zu lassen.

**Stendal.** Infolge Amtsinüberlegung des Kassierers sind bis auf weiteres sämtliche Verwaltungsangelegenheiten an den Vorsitzenden Karl Ripke, Südpromenade 30, zu senden.

**Bieren.** (Maschinenvereiner.) Vorsitzender: Wilhelm Prinz, Gereonstraße 31 a.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):

- In Dortmund 1. der Seher Johannes Buzio, geb. in Wollgaden 1893, ausgel. daf. 1912; war noch nicht Mitglied; 2. der Schweizerdegen Peter Rodenbusch, geb. in Cochem 1889, ausgel. in Traben-Trarbach 1908; 3. der Drucker Fritz Meyer, geb. in Schönrode (Kreis Wehlau) 1882, ausgel. in Essen (Ruhr) 1900; 4. der Seher Fritz Schulz, geb. in Berlin 1886, ausgel. daf. 1905; waren schon Mitglieder. — A. Schippers, Ackerstraße 24.
- In Eberswalde der Seher Hermann Lehke, geb. in Elstra 1888, ausgel. in Kamenz 1907; war schon Mitglied. — W. Wefendorf, Breite Straße 23.
- In Luckenwalde der Seher Kurt Reichardt, geb. in Radeberg 1887, ausgel. in Luckenwalde 1905; war schon Mitglied. — Robert Weyenberg in Potsdam, Alte Luisenstraße 39.
- In Straburg i. Ost. der Seher Othone Lindenmann, geb. in Kalkenbach 1889, ausgel. in Bad Niederrönn 1907; war noch nicht Mitglied. — Ernst Kallinich, Freiburger Gasse 3.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Münster.** Die Notiz in voriger Nummer, die Seher Max Wacker und Friedrich Rugsburger betreffend, hat sich erledigt.

**Stettin.** Dem Seher Richard Weßler aus Gadsch bei Kemberg, Prov. Sachsen (Hauptbuchnummer 86833, Gau Ober 3448, ausgef. am 29. August 1911), ist auf der Reise von Troppau (Steierreich) nach Weußen (O. Schl.) sein Verbandsbuch angeblich gestohlen worden. S. erhielt ein neues Buch (Hauptbuchnummer 97081, Gau Ober, ausgef. am 15. Oktober 1913). Das gestohlene Buch wird hiermit für ungültig erklärt. Falls es vorgezeigt werden sollte, ersuchen wir, den Vorzeiger verhaften zu lassen und das Buch an die Hauptverwaltung einfinden zu wollen.

**Berlinungskalender.**

**Bayreuth.** Berlinkung heute Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Richard-Wagner-Straße.

**Borna.** Außerordentliche Hauptberlinkung heute Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Glimmerhof“.

**Breslau.** Außerordentliche Generalberlinkung Sonntag, den 19. Oktober, vormittags 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Margaretenstraße 17.

**Genä.** Bezirksberlinkung Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Zum Bienen“.

**Kaiserlautern.** Berlinkung heute Sonnabend, den 18. Oktober, abends pünktlich 9 Uhr, in der „Zwayerer Drh“.

**Köln.** Berlinkung in enger Berlinkung Sonntag, den 19. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gereonsbräu“, Gereonsstraße.

**Kübeck.** Generalberlinkung Sonntag, den 25. Oktober, im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße.

**Neubabelsberg.** Berlinkung heute Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

**Neufuß a. D.** Berlinkung heute Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

**Dhrup-Sambach.** Berlinkung Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 3 Uhr, beim Kollegen Michaels in Gröbenhain.

**Schweidnitz.** Berlinkung heute Sonnabend, den 18. Oktober, im Mammers Restaurant, Breslauer Straße.

**Stendal.** Berlinkung Sonntag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

**Wiesbaden.** Maschinenseherberlinkung Sonntag, den 19. Oktober (nicht heute Abend), vormittags 10 Uhr, im „Ehemaligen Stanzler“, Bismardring.

**Tarifamt der Deutschen Buchdrucker**

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239  
Briefadresse: z. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

**Bekanntmachung.**

Der Maschinenmeister Heinrich Grebe wird hierdurch aufgefordert, dem Tarifamte seine genaue Adresse unverzüglich mitzuteilen. Gleichzeitig bitten wir die Herren Tariffunktionäre, uns bei Ermittlung dieser Adresse behilflich zu sein.

Berlin, 15. Oktober 1913.

Franz Grande, L. S. Giesche,  
Prinzipalvorsitzender, Geschäftsvorsitzender,  
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

**Bericht über die Wirksamkeit der paritätischen Tarifarbeitsnachweise im III. Quartale 1913**

(Veröffentlicht vom Tarifamte der Deutschen Buchdrucker)

Arbeits- nachweis zu:	Durchschnittlich arbeitslos pro Woche im						Vermittelt wurden im						Durchschnittlich arbeitslos pro Woche im						Vermittelt wurden im					
	Juli		August		September		Juli		August		September		Juli		August		September		Juli		August		September	
	6.	Dr.	6.	Dr.	6.	Dr.	6.	Dr.	6.	Dr.	6.	Dr.	6.	Dr.	6.	Dr.	6.	Dr.	6.	Dr.	6.	Dr.	6.	Dr.
München	17	2	23	3	14	6	—	—	—	—	6	1	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—
München	24	2	15	3	15	4	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	14	—	—	—	—	—
München	22	2	10	3	17	4	9	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—
München	22	2	23	3	23	4	4	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—
München	72	28	828	312	796	220	242	157	288	259	275	287	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	22	2	16	3	23	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	28	6	2	2	2	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	27	7	8	10	24	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	29	9	39	8	36	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	136	30	176	33	206	35	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	38	6	44	9	41	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	31	3	50	5	54	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	20	3	22	5	18	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	20	2	14	3	18	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	20	3	21	4	18	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	139	38	123	39	102	41	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	16	2	17	3	15	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	34	4	30	7	25	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	19	7	17	5	9	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	19	3	16	4	19	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	11	—	11	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	92	16	93	24	78	31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	26	7	35	6	34	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	3	—	14	—	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	16	4	16	3	10	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	4	—	6	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	74	9	88	7	75	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	174	31	251	37	199	43	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	85	23	90	30	89	31	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	9	6	6	2	6	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	9	3	11	1	13	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Im Durchschnitt waren arbeitslos pro Woche:

Im III. Qu. 1911:	Seher	Im III. Qu. 1911:	Drucker
2099	567	504	435
1321	435	435	435
1065	473	473	473
1631	537	537	537
2755	620	620	620
2005	572	572	572
1478	506	506	506
1855	606	606	606
3021	786	786	786

Außerdem: 82 Maschinenseher, 42 Korrekturen, 117 Schweizerdegen, 63 Stereotypen.

Untergebracht wurden:

Im IV. Qu. 1911:	Seher	Im IV. Qu. 1911:	Drucker
4622	1354	4622	1354
5135	1380	5135	1380
2598	1037	2598	1037
2899	1308	2899	1308
4275	1471	4275	1471
4530	1362	4530	1362
2988	1142	2988	1142
2581	1280	2581	1280

Außerdem: 117 Maschinenseher, 15 Korrekturen, 142 Schweizerdegen, 107 Stereotypen.

Nach den Rechenschaftsberichten des Verbandes der Deutschen Buchdrucker arbeitslose Tage am Ort und auf der Reise:

Im III. Qu. 1909:	376 086 Tage	Im III. Qu. 1911:	357 207 Tage
253 056	253 056	210 443	210 443
190 631	190 631	181 021	181 021
214 460	214 460	244 934	244 934
384 103	384 103	434 229	434 229
143 113	143 113	279 816	279 816
159 181	159 181	151 849	151 849
199 531	199 531	234 466	234 466

Durch Umschau oder Verschreibung erhielten Stellung: 2184 Seher, 514 Drucker, 72 Maschinenseher, 20 Korrekturen, 80 Schweizerdegen, 40 Stereotypen.

**Berein Berliner Buchdruckmaschinenmeister**

Sonntag, 19. Oktober, in den Gesamträumen des Establishments „Industriecafé“,  
Beußstraße 20.

**Unterhaltungsabend**

Mitwirkende: Herr Bernhard Ritsche (am Flügel), Frau Marie Ravene (Sängerin), Herr Emil Walkhoff (Rezitator).

Billets im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf. einschließlich Tanz.  
Saalöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen. [545]

**Mailänder**

Reinmaschine, Format 36x56 cm, eventuell mit  
Schriften usw., auf Wunsch soulaute Zahlungs-  
bedingungen, veräußlicht. [532]

Alexander Grube, Leipzig, Talstraße 4.

**Zu kaufen gesucht** „Praktischer Zeissaden für den Buchdruck“  
von Müller und Delleke, Bezirksmaschinenmeister-  
verein Köllnbus, Dferien mit Preisangabe an  
Robert Reich, Köllnbus, Dillenerer Straße 80.

Sch. verlege allerorts die Vertretung eines ein-  
gefassten Artikels für Buchdrucker. Hoher  
Verdienst, auch für ältere Buchdrucker lohnend.  
523] S. J. Luz, Köln, Alte Bürgerstraße 66.

Glott und gewissenhaft arbeitender, tüchtiger  
**Buchdruckmaschinenmeister**  
für Werk- und Mailänder zum sofortigen Ein-  
tritte nach Großstadt Englands gesucht. Offerten  
mit Gehaltsansprüchen, Alters- und Wohnangaben  
unter Nr. 526 an die Geschäftsstelle 2. Bf. erbeten.

**Unlere Schriften**

Einfassungen, Messinglinien  
wie sämtliche Holzsutensilien  
zeichnen sich durch Qualität  
und Preiswürdigkeit aus. Sie  
tun gut, vor jeder Bestellung  
von uns Offerte einzuholen!

SCHRIFTGIESSEREI  
**BROTZ & GLOCK**  
FRANKFURTA-M-BOCKENHEIM

**Technikum für Buchdrucker**

Beste technische, kunstgewerbliche und  
fachkaufmännische Ausbildung. Vor-  
bereitung für die Meisterprüfung. Vor-  
träge, Besuche von Museen und Fabriken.  
Unterricht im Setzungsweisen und Journal-  
ismus. Dauer der Kurse ein Jahr. Tätig-  
keitsberichte usw. durch die Geschäfts-  
stelle: Leipzig-R., Senefelderstraße 13-17

**Deutsche Buchdruckerstenographenvereiniung**  
Stolze-Schren. Begr. 1909

Gediegene Fernunterricht erteilen die Kollegen  
Otto Wischhoff, Steffin, Fichtelstraße 9; H. Domic,  
Halle a. S., Zaubenstraße 9; B. Seiffenstem, Mann-  
heim, M. 4; B. Meißner, Breslau 12, Bri-  
gittenstraße 19; Leo Wunsche, Steffin, Zungenhagen-  
straße 17; Fr. Winter, Braunschweig, Zulus-  
straße 18. — Lehrmittel 1,50 M., außerdem Ver-  
gütung der Portokosten. [534]

**Kleine Druckereierrichtungen**  
liefert zu kulantesten Zahlungsbedingungen. Alexander Grube, Leipzig, Talstraße 4.

**Für 1.25 Mk. liefern ich jetzt** die preiswerteste, weitbekannte Sonoposon-Schreibmaschine.  
Katalag (4000 Zehn.) gratis. Meine Kunden erhalten monat-  
lich die Neuheiten der bekanntesten Fabriken kostenlos zugelandt. Karl Franke, Leipzig, Südstr. 21.

Am 14. Oktober verschied nach kurzem Krankenlager unser Bezirksleiter  
und langjähriges Mitglied, der Schriftseher [539]

**Ewald Großmann**  
aus Hohenrubalk, im 41. Lebensjahre.  
Ein bleibendes Andenken werden ihm bewahren  
Bezirk und Ortsverein Wittenberg i. V. d. D. B.

Am 13. Oktober verstarb unser wertes  
Mitglied, der Seherinvalide [541]

**S. F. Roje**  
aus Barel, im Alter von 75 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Der Buchdruckerverein in  
Hamburg-Altona.

Am 15. Oktober verstarb plötzlich und  
unerwartet unser lieber Gangesbruder

**Ewald Großmann**  
aus Hohenrubalk, im Alter von 40 J h n.  
Wir werden sein Andenken stets in  
Ehren halten.  
Gelangverein „Typographia“,  
Wittenberg (Bezirk Halle).

Am 13. Oktober verstarb nach längerer  
Krankheit unser lieber Kollege, der Seher-  
invalide [538]

**S. F. Roje**  
im 76. Lebensjahre.  
Seine 35jährige Tüchtigkeit in unsrer  
Mittie sichert ihm ein ehrendes Andenken.  
Die Kollegen der  
„Hamburger Nachrichten“.

Nach langer Krankheit verschied am  
13. Oktober unser lieber Kollege, der Seher-  
invalide [537]

**Pierre Junker**  
aus Niedermorschweiler, im Alter  
von 40 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken wird ihm stets  
bewahren  
Der Bezirksverein Mülhausen i. E.

Am 13. Oktober verstarb unser wertes  
Mitglied, der Seherinvalide [542]

**S. F. Roje**  
im 76. Lebensjahre. Ein ehrendes An-  
denken bewahrt ihm  
Die „Niederrheinische Zeitung von 1877“  
Hamburg-Altona.

Nach langer Krankheit verstarb dahier  
am 15. Oktober unser lieber Kollege, der  
Seherinvalide [544]

**May Bacher**  
im Alter von 32 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken wird ihm be-  
wahren  
Die Mitgliedschaft Donauwörth.